Einzelnummer 15 Pfg.

# Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 11/2—1/21 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 10 | Bezugspreis: Monatlich 2.25 Mk. frei Haus. Bei Abholung 2.00 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Dienstag, den 13 Januar 1920 | Anzeigenpreis: Die 5 gespaltene Millimeter-Zeile 30 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 80 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

## Die neue Streitwelle.

Halle, den 13. Januar 1920.

Seit der Revolution haben wir schon manche Streikkrise durchgemacht und überwunden. Hart haben wir mit den durch die Niederlage verschuldeten wirtschaftlichen Nöten und ihren Folgeerscheinungen gerungen und sind doch immer wieder all der unglaublichen Schwierkeiten Herr geworden. Aber stets von neuem türmen sich Hindernisse auf, stellen sich uns neue Nöte in den Weg, die unser Dasein zu erschüttern drohen.

Gegenwärtig befinden wir uns wieder in so einer Streikkrise und recht deutlich kündet sich eine neue Streikwelle an. Die neue Preiswelle, die neue Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel hat ganz naturgemäß neue Erschütterungen des Wirtschaftslebens, Lohnforderungen, Lohnkämpfe und Streiks im Gefolge. Die Vereinbarung der Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat allerdings schon den größten Stachel beseitigt, und wenn überall und in allen Gewerben so prompt wie im Mitteldeutschen Braunkohlenbau die Regelung der Frage stattfindet, so wird mancher unliebsamer Zwischenfall von vornherein ausgeschlossen. Den Arbeitern, Beamten usw. ist es bei den jetzigen Lebensverhältnissen einfach unmöglich, die neue Verteuerung der wichtigsten, der rationierten Lebensmittel, zu tragen, und ein gleitender Ausgleich, der in keinem Zusammenhang mit Lohn und Gehalt stehen braucht, muß hier auf alle Fälle geschaffen werden. Allem Anschein nach hat man das

**den besten Willen,**

hier ist er zweifellos auch sehr notwendig, und wenn der entsprechende Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung geschaffen wird, werden wir uns eine sehr große Anzahl wirtschaftlicher Streiks ersparen. Bei dem Ausgleich muß, wenn es notwendig werden sollte, auch die Regierung ihr Veto zugunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger einlegen, denn sie vor allem hat ein Interesse daran, daß das Land vor den Schädigungen irgendwelcher wirtschaftlicher Erschütterungen verschont bleibt.

Neben der allgemeinen Unstimmigkeit, die die Verteuerung der Lebensmittel erzeugt hat, ist es vor allem die Unzufriedenheit der Beamten mit ihren Gehaltsverhältnissen, die volksschädigende Streiks herauszubeschwören. Der alte Staat, der in besseren Tagen den Beamten helfen konnte, hat es nicht getan, sondern hat sie mit Titeln und Sternchen abgespeist, hat die Bezahlung der Beamten arg vernachlässigt und schwer und schier unmöglich wird es jetzt der neuen Regierung, bei dem schlechten Finanzstand des geschlagenen Deutschland den notwendigen Ausgleich zu schaffen. Daß die gegenwärtige Regierung es will, hat sie oft betont und zahllose Beweise für ihren guten Willen liegen vor. Auch jetzt hat sie sich zu weitgehendem Entgegenkommen bereit erklärt, hat den Beamten die geforderten 150 Prozent Erhöhung der Teuerungszulagen bewilligt und dadurch ein gut Teil der Unzufriedenheit und Streiklust der Beamten beseitigt.

Inzwischen aber ist trotzdem das Gespenst des Eisenbahnerstreiks aufgezogen, die wirtschaftliche Not der Eisenbahner hat diese zu Forderungen getrieben, über die mit der Regierung verhandelt wird.

**Trotz der Notlage des Staates**

ist die Regierung auch den Eisenbahnern weit entgegengekommen und hat jetzt schon die Stundenlöhne um 1 Mk., die Wochenlöhne also um 48 Mk. erhöht. Die Weiterverhandlungen sind noch im Gange, werden aber, wenn nicht alles trügt, zu einem guten Ende führen, da Regierung und Organisationsvertreter der Eisenbahner sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind. Trotz der noch im Gange befindlichen Verhandlungen sind Teilstreiks ausgebrochen und im Westen Deutschlands liegt teilweise der gesamte Bahnverkehr still. Die Eisenbahnerstreiks im Westen, die inszeniert wurden trotz der noch im guten Flusse befindlichen Verhandlungen, sind auf alle Fälle zu verurteilen. Man streikt erst, wenn alle Vergleichsverhandlungen gescheitert sind, die Verhandlungen abgebrochen wurden, nicht aber bei einem immerhin günstigen Stande der Verhandlungen. Schuld daran mag haben, daß wieder mal unverantwortliche Radikalinskis die Stunde für gekommen hielten, wirksam eine wirtschaftliche Bewegung für ihre irren politischen Pläne zu mißbrauchen. Im großen und ganzen scheint dieses Beginnen aber an

**der gesunden Vernunft der Eisenbahner**

gescheitert zu sein, die sich ihre gerechten wirtschaftlichen Forderungen nicht sabotieren lassen wollen. Beweis dafür ist, daß die unabhängige Presse mit der „Freiheit" an der Spitze in Sachen der Eisenbahnerbewegung in den letzten Tagen recht zurückhaltend geworden ist. Sie haben scheinbar erkannt, daß hier mit der „politischen revolutionären Tat" nichts auszurichten ist. Das ist auch notwendig und zu wünschen ist, daß die Eisenbahner auch weiter geschlossen hinter ihren wirtschaftlichen Organisationsvertretern stehen bleiben und sich nicht irre machen lassen. Ein allgemeiner Eisenbahnerstreik im gegenwärtigen Augenblick wäre mit unmenschlichen Folgeerscheinungen verknüpft. Innenpolitisch ebenso wie außenpolitisch. Wir würden sofort nach Inkrafttreten des Friedens zu neuen Konflikten mit den Siegern kommen und neue Lasten würden uns aufgebürdet, die doch wieder das ganze Volk tragen müßte. **Stillegung unserer Ernährung, Stillegung der Industrie und endlos vermehrte Arbeitslosigkeit,** Hunger, Elend und Siechtum wären die innerpolitischen Folgen. Darum hat die Regierung recht, wenn sie warnend gegen diesen Streik aufsteht und zur Vernunft und zur Solidarität mahnt. Wir sind überzeugt, daß der Mahnruf nicht ungehört verhallen wird.

Aber damit sind die Streikmöglichkeiten noch lange nicht erschöpft. Heute, am 13. Januar, tritt die Nationalversammlung zusammen, um bis zum 17. Januar die dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes zu erledigen.

**Ein heißer Kampf**

ist um dasselbe entbrannt, der natürlich jetzt, wo es zur Entscheidung kommt, seinen Höhepunkt erreicht. Die Unternehmer laufen Sturm und drohen mit der Stillegung der Betriebe und von links rennen Uzis und Kozis an, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Eine letzte Kraftprobe der Radikalen, die ihre schemenhafte Ideologie zusammenstürzen sehen und um jeden Preis das Betriebsrätegesetz verhindern wollen. Wir haben gestern in einem besonderen Artikel auseinandergesetzt, wie wir zu dem Gesetz stehen und müssen uns darum gegen das, was die „Linksen" wollen und über das sie sich absolut nicht klar und einig sind, wenden. Die „Zentrale der Betriebsräte", die Uzi- und Kozi-Partei wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf an die Oeffentlichkeit und fordern zu Massenaktionen, Massenversammlungen und Umzügen auf. Man will scheinbar noch einmal eine Kraftprobe machen und vergißt dabei ganz zu sagen, daß die Uzi-Vertreter im sozialen Ausschuß der Nationalversammlung, wo sie bei Beratung des Gesetzes die in dem Aufruf angeführten Forderungen anbringen und durchsetzen konnten, andauernd fehlten und überhaupt nicht mitarbeiteten. Ein bißchen Radau ist eben schöner.

Der „provisorische Bezirkswirtschaftsrat" erließ am Sonnabend bereits im hiesigen Kommunistenorgan einen ähnlichen Kampfaufruf wie die Zentrale, nur ein wenig ungeschickter. „Das Betriebsrätegesetz der Regierung will die Betriebsräte zu Handlangern des Kapitalismus machen" heißt es in diesem Aufruf und bewiesen wird das durch nachstehendes schöne Geständnis: „Die Betriebsräte sollen die Unternehmer mit Rat und Tat bei der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft unterstützen. Sie haben bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuwirken."

## Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Zu Geschäftsträgern in Deutschland sind ernannt worden:

Von England: Lord Kilmanrok, früher erster Sekretär der englischen Botschaft in Kopenhagen;

von Italien: Graf Aldrovandi de Marescotti, früher Kabinettschef des Auswärtigen Amtes im Ministerium Sonnino;

von französischer Seite: de Marcellu, früher Generalkonsul in Brüssel.

Von deutscher Seite steht die Ernennung der Geschäftsträger unmittelbar bevor.

London, 12. Januar. Reuter. Der diplomatische Vertreter Englands für Berlin, Lord Kilmanrok, ist heute nach Deutschland abgereist, um dort seine Amtstätigkeit aufzunehmen.

### Konferenz in Paris.

Paris, 12. Januar. Havas. Lloyd George, Nitti und Clemenceau traten am Montag zu einer Sitzung zusammen.

### Die preußische Regierung an die Abtretungsgebiete.

Die preußische Staatsregierung veröffentlicht folgenden Aufruf an die aus Preußen ausscheidenden Staatsbürger:

Anknüpfend an die Kundgebung, die der Reichspräsident und die Reichsregierung an die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverbande ausscheidenden Reichsteile gerichtet haben, wendet sich die Regierung des Freistaates Preußen noch besonders an ihre von der Abtrennung an fremde Staaten betroffenen Mitbürger. Der dem deutschen Volke aufgezwungene Friede von Versailles trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit anerkannt deutscher Bevölkerung, die in jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an seinem ruhmvollen Aufstieg Anteil genommen und sie durch sorgsame Verwaltung unter Einsetzung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates auf eine hohe Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben.

Das Band staatlicher Zugehörigkeit wird nun gelöst. Das Band der Zusammengehörigkeit des Geistes und des Herzens kann keine Macht dieser Erde lösen. Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerstören. Wir geloben euch Treue. Haltet sie und pflanzt sie in die Herzen eurer Kinder! Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Untersage des Friedens werden sollte, ist euch versagt. Mit der Reichsregierung setzt auch die preußische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen muß. In diesem Sinne gilt auch für euch das Wort: „Immer daran denken, niemals davon reden!"

### Verhandlungen über die Räumung Westpreußens.

Danzig, 12. Januar. WTB. Sonnabend traf hier ein Vorkommando polnischer Offiziere ein, heute nachmittag die polnische Militärkommission, um mit der hiesigen Beschlußstelle über die Räumung Westpreußens zu unterhandeln. Ueber die Räumung Danzigs wird nicht mit den Polen, sondern mit der Entente verhandelt.

### Die Berliner Hilfe für Wien.

Wien, 11. Jan. Heute früh ist hier der Berliner Lebensmittelzug eingetroffen. Vizebürgermeister Winter empfing den Zug namens der Stadt Wien und richtete an die deutsche Abordnung herzliche Begrüßungsworte. Der Liebesgabenzug besteht aus 31 Waggon, darunter drei Wagen mit Liebesgaben der Stadt Königsberg.

### Die Senatswahlen in Frankreich.

Paris, 12. Januar. Havas. Senatswahlen. Es sind 229 Ergebnisse aus 240 Wahlkreisen bekannt. Es wurden bisher gewählt: 18 Konservative, 18 republikanische Liberale, 19 republikanische Progressisten, 58 Linksrepublikaner, 116 Radikale und Radikalsozialisten, 2 republikanische Sozialisten und 2 unisizierte Sozialisten.

## Warum sitzen wir in der Not?

Die Unabhängigen werden nicht müde, dem deutschen Volke zu versichern, daß einzig und allein die Mehrheitssozialisten und die Regierung an unserm gegenwärtigen Leid schuld seien und daß nur sie den Aufstieg, das Besserwerden verhindern. Besonders das hallesche Kommunistenblatt ist sich in dieser gedankenlosen Hetze gegen die Regierung und die Sozialdemokratie hervor. Mitunter hat es aber auch einen lichten Augenblick und so schreibt es gestern anläßlich des endgültigen Friedensschlusses im Leitartikel unter anderm:

„Der Friedensvertrag bedeutet für die kommenden Geschlechter für Jahrzehnte einen Zustand maßloser Verelendung und Versklavung. Das Joch, das dem deutschen Volke durch den Versailler Friedensvertrag auferlegt wird, macht seine Lage geradezu zu einer verzweifelten. Nirgends zeigt sich ein Hoffnungsstrahl, ein Ausweg aus dem fürchterlichen Elend, dem wir entgegengehen. Gegen die Machtmittel der Entente, die Einhaltung der Friedensbedingungen zu erzwingen, ist Deutschland ohnmächtig."

Also merkt das, Arbeiter und denkt immer daran, daß wir Deutsche machtlos und ohnmächtig sind, unser Schicksal zu bestimmen, daß also auch keine Regierung, selbst die unabhängigste nicht bessere Verhältnisse schaffen kann. Es wäre im Interesse des deutschen Volkes zu wünschen, daß die Uzis gerade hier immer bei der auch von ihnen erkannten Wahrheit bleiben würden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200113-17/fragment/page=0001

Hier wird jedenfalls ungewollt eingestanden, daß das „Gesetz“ etwas bringt, was die Arbeiterschaft seit langem gefordert hat. Jetzt paßt es den Herren nicht, daß der Arbeiter mitbestimmen soll bei den Arbeitsmethoden und im Produktionsprozeß. Es kommt schon noch so weit, daß sich die Leute schließlich selber nicht mehr auskennen. Nur weiter so.

Die nächsten Tage werden beweisen, wieweit der Radikalen Tatdrängen oder besser ihr Können reichen wird. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß sie wohl einen Protest machen können, daß es aber bei der Stimmung in der Arbeiterschaft und dem (wir sagen das mit tiefem Bedauern) Objekt

**nicht zu einer „Aktion“ reichen wird**

und im Anschluß an den Betriebsratsgesetzprotest trotz der gegenteiligen heißen Wünsche der Impresarios keine wesentlichen Streiks zu erwarten sind.

Es ist allerdings wieder mal Wetterleuchten, aber auch nicht mehr, und wenn mit dem festen Willen daran gegangen wird, alle die neu aufsteigenden Hindernisse zu beseitigen, so kann es gelingen. Wir befinden uns zweifellos in einer gewissen Streikkrise, aber sie wird nicht zur Streikwelle werden und wir werden die Krise überwinden, weil wir sie in unserer Not um unserer selbst willen, um des ganzen Volkes willen überwinden müssen.

# Der Edle von Braun.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

„Ich gehöre nicht zu den Schwarzsehern!“ sagte der ehemalige Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium Edler von Braun von sich selber. Aber das hält ihn nicht davon ab, aus dem Sumpfe des tiefsten Mißvergnügens einen Unkenruf in die Welt zu senden, der „drohende Hungersnot“, das „Grab von Millionen“ und ähnliche Gespenster an die Wand malt — ausgerechnet in einer Zeit, in der alles, was an führender Stelle im Reiche ist, die Zähne zusammenbeißen muß, um den wirtschaftlichen Tiefstand des Reiches mit Energie zu überwinden. O wir kennen dies Lied und wir sehen hinter den Kulissen der Welt, in der der Edle von Braun lebt, die fein eingefädelte Taktik. Es ist unverantwortlich von einem Manne, der noch vor kurzem mit tätig an der Stelle gewesen ist, gegen die er heute vom Leder zieht, und der wissen muß, unter welch ungeheuer schwierigen Verhältnissen sich gegenwärtig die Sicherstellung der deutschen Volksernährung vollzieht, daß er in der Form, die er im „Tag“ beliebte, das Vertrauen in die leitenden Kreise völlig zu untergraben sucht; daß er der Regierung böswillige „Halsstarrigkeit“ und Fehlen „jeder Einsicht in wirtschaftliche Fragen“ zum Vorwurf macht, wo gerade er wissen müßte, daß die Regierung einen förmlichen Kampf dagegen führt, daß viele deutsche Landwirte das geerntete Brotgetreide und die Kartoffeln nicht abliefern — eine Erscheinung, die ja nicht erst seit heute existiert, sondern schon jahrelang, schon zu einer Zeit, als der Edle von Braun noch unbehelligt von sozialistischer Mitregierung allein schalten und walten konnte. Aber der Edle v. Braun ist neuerdings, wie wir wahrnehmen, Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft geworden, desselben Reichsausschusses, der nur die Trompete des sattsam bekannten Landbundes und des Bundes der Landwirte ist, und der erst kürzlich der Reichsregierung gedroht hat: fügt sie sich den ungeheuerlichen Forderungen dieser nimmersatten Großagrarierkreise nicht, dann könne die Landwirtschaft „die weitere Verantwortung“ nicht mehr übernehmen. Wir wissen, was hinter dieser skrupellosen Drohung steckt — der Ablieferungsstreik! Der Edle von Braun versichert einmal über das andere, daß die Ernährungswirtschaft „zusammengebrochen“ sei. Er weiß besser als wir alle, daß nicht die Ernährungswirtschaft an sich zusammengebrochen ist, sondern daß das Pflichtbewußtsein der deutschen führenden Agrarier insgesamt um die Ecke gegangen ist, seitdem sie Tag und Nacht schüren und hetzen, um auch die kleineren Landwirte gegen die „Schandregierung“ aufzubringen. Nicht die Regierung schafft einen Hungerzustand, sondern die Agrarier selbst, indem sie Getreide und Kartoffeln, die für die Volksernährung bestimmt sein sollen, in ihre Scheunen und Keller sperren oder an das Vieh verfüttern, ganz gleich, was bei diesem verbrecherischen Treiben aus dem deutschen Volke wird. Gewiß sie wollen recht gern abliefern, wenn ihnen der von den Führern bis zum Ueberdruß an die Wand gemalte „Weltmarktpreis“ gezahlt wird — nicht 800 Mk. die Tonne Mehl, was schon ein ganz unselig hoher Preis für die unbemittelten Volksschichten ist, sondern 7600 Mark, wie der Edle v. Braun recht deutlich schreibt! Und er weiß doch wiederum ganz genau, daß es sich dabei nicht eigentlich um einen Weltmarktpreis handelt, denn das Getreide ist im Ausland, in Goldmark berechnet, nur etwas teurer als der Friedenspreis. Der Satz von 7600 Mark kommt nur heraus, wenn man nach der jetzigen tiefstehenden Valuta umrechnet; er ist also in Wahrheit nur ein Valutapreis. Der deutsche Landwirt soll einen Preis bewilligt erhalten, der das deutsche Valutaunglück ebenso raffiniert ausnutzt, wie es die ausländischen Valutaschieber machten. Der einfache Bauer aber versteht das nicht so ohne weiteres, und damit rechnet der Edle v. Braun und die Führer seines Schlages.

Wo ist jemand, der den deutschen Landwirt um die Frucht seines Fleißes bringen möchte? Wo ist jemand, der von ihm verlangt, daß er unter seinen eigenen Produktionskosten verkaufen also zusetzen soll? Wo ist die Regierung, die eine derartig unsinnige Politik treiben wollte? Ist nicht der Edle von Braun — wir fragen ihn auf Ehre und Gewissen — mit dabei gewesen, als im Ernährungsministerium noch zu seiner Zeit mit peinlichster Gewissenhaftigkeit die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten von Sachverständigen durchgerechnet wurde, und als erst daraufhin, unter Mitwirkung ausgesprochener Agrarier, die neuen Preise für die Agrarprodukte 1920 festgelegt wurden? Herr v. Braun weiß das ganz genau und doch wagte er es, der mit unsäglichen Schwierigkeiten ringenden Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen und das schon übernervöse Volk noch mehr aufzupeitschen.

Ein Demagoge ist Herr v. Braun, das muß ihm öffentlich gesagt werden! Er ist aber auch unfähig, selber Positives zu leisten! Denn was ist der schließliche Effekt seines „Hilferufes“? Was für ein Rettungsmittel gibt er an? Er schlägt einen „ungemischten Ausschuß“ vor. Glaubt denn Herr v. Braun im Ernst, daß es diesem Ausschuß gelingen wird, Korn auf seiner flachen Hand wachsen zu lassen? Wäre es nicht viel richtiger gewesen, Herr v. Braun hätte seinem „Hilferuf“ die Form eines eindringlichen Appells an die deutschen Landwirte gegeben, das Getreide, das vorhanden, das da ist, schleunigst gewissenhaft abzuliefern, damit das Volk nicht in Not kommt? Wäre es nicht richtiger gewesen, Herr v. Braun hätte als Beweis z. B. auf den großagrarischen Kreis Grimmen i. Pommern hingewiesen, der an die Reichsgetreidestelle so gut wie nichts bisher abgeliefert hat, so daß dieser reiche Ueberschußkreis kaum die eigenen Kreisinsassen beliefert hat? Herr v. Baun sagt selbst am Schlusse seines Artikels: „Es handelt sich letzten Endes um Leben und Sterben für das deutsche Volk!“ — Davon ist also auch er überzeugt und doch handelt er nur im Sinne jener Putschtaktik, von der die unabhängigen Sozialisten leben!

# Der Streik der Eisenbahner.

WTB. Berlin, 12. Januar. Reichsverkehrsminister Dr. Bell erklärte einem Mitarbeiter des „Acht-Uhr-Abendblattes“ über die Eisenbahnerbewegung:

Trotz des bewilligten Stundenlohnes von 3,50 Mark seien neue Forderungen aufgestellt worden, insofern als der neue Lohnsatz schon vom 1. Oktober 1919 an gelten soll. Der Ernst der Lage bedrohe unser ganzes Wirtschaftsleben. Die Streikenden würden eine ungeheure Verantwortung auf sich laden, wenn sie weiter in ihrem Ausstand verharrten. Schon jetzt machten sich die Folgen des Ausstandes schwer bemerkbar. Selbst nach Beendigung des Streiks würden die schädigenden Wirkungen noch fühlbar sein, da die aufgehäuften Vorräte erst allmählich wieder abtransportiert werden könnten. Die Gründe der Eisenbahnerbewegung, sagte der Minister, sind nicht klar. Von den Organisationsleitungen der Eisenbahner in Berlin werden die Streiks nicht gebilligt. Meiner Ansicht nach ist die Bewegung bei den Eisenbahnarbeitern nicht rein wirtschaftlicher Natur. Auch dieser Streik wird von kommunistischen Agitatoren für ihre Zwecke ausgenutzt, ohne daß die Streikenden selbst es wissen. Daher haben wohl auch die Organisationsleitungen ihre Leute nicht fest in der Hand.

### Sabotage im Westen.

WTB. Berlin, 12. Januar. Eine Versammlung von Vertrauensmännern in Breslau hat, laut „Voss. Ztg.“, den Eisenbahnerstreik in ganz Schlesien beschlossen. Er soll am Mittwoch beginnen. Im Ruhrgebiet sind die Belegschaften von drei Zechen in den Ausstand getreten. Trotzdem von radikaler Seite zum Generalstreik im Ruhrgebiet gehetzt wird, glaubt man, die Stillegung der Betriebe vermeiden zu können, wenn es gelingt, die zahlreichen Arbeitswilligen zu schützen. Im westlichen Industriegebiet ist durch Sabotage der Streikenden der Telegraphen- und Telephonverkehr erheblich geschädigt worden. Nach einwandfreier Feststellung handelt es sich dabei um ein vorbereitetes Komplott zur Störung des Drahtverkehrs. An zwei Stellen wurden ganze Kabeln mit je 25 Leitungen zerhackt. Die Beamtenschaft und die technischen Angestellten arbeiten an der Behebung der Störungen. Unter dem Druck der Verhängung des Ausnahmezustandes erklärten sich heute auch die Streikenden bereit, die Anschlüsse für gemeinnützige Zwecke wiederherzustellen. Das Reichspostministerium verhandelt mit den streikenden Telegraphenarbeitern.

### Sie wollen nicht mehr im Streik verharren.

In Essen fand am Montag nachmittag eine Versammlung streikender Eisenbahner statt. Seitens der Zentralstreikleitung wurde als erste Forderung aufgestellt: die Nachzahlung der neuen Bezüge ab 1. Oktober 1919. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter erklärte, daß die Eisenbahnbeamten infolge Bewilligung ihrer Forderungen nicht mehr im Streik verharren, daß sie aber den streikenden Arbeitern nicht in den Rücken fallen würden. — In Hamborn kam es nach einer Zeitungsmeldung zu ernstlichen Ausschreitungen der Streikenden, so daß die Polizei eingreifen mußte.

Hamborn, 12. Januar. Ein starkes Truppenaufgebot ist zur Unterdrückung der Unruhen abgegangen.

Münster, 12. Januar. Wie der „Westfälische Merkur“ berichtet, haben die Eisenbahnarbeiter im Eisenbahndirektionsbezirk Münster in der heute abgehaltenen Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen, in den Ausstand zu treten.

### Die Zentralstreikleitung fordert zur Arbeitsaufnahme auf.

Düsseldorf, 12. Januar. Die Zentralleitung in Elberfeld hat heute in den späten Abendstunden die Parole ausgegeben: Nachdem die Regierung hinsichtlich der Forderungen der Arbeiter bestimmte Garantien gegeben hat, wird den Arbeitern empfohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach Anweisung der Elberfelder Eisenbahndirektion wird den Arbeitern der geforderte Vorschuß von 100 Mark gezahlt werden.

Düsseldorf, 12. Januar. In einer Mitteilung, welche die Eisenbahndirektion Elberfeld an alle Aemter und Dienststellen des Bezirks gerichtet hat, spricht dieselbe nach Aufzählung der bei den Tarifverhandlungen in Berlin erreichten Zugeständnisse die bestimmte Erwartung aus, daß auf Grund dieser Zugeständnisse die Arbeiterschaft in dem für sie selbst und für die allgemeine Bevölkerung höchst verhängnisvollen Streik auch nicht einen Tag verharren wird.

Eine ähnliche Aufforderung hat auch die Essener Eisenbahndirektion erlassen. In Düsseldorf sind durch den Eisenbahnerstreik 10 000 gewerbliche Arbeiter arbeitslos geworden.

### Die Verbände gegen den Streik.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und der Deutsche Beamtenbund haben einen gemeinsamen Aufruf an die Beamten erlassen, in dem sie auf die Notlage Deutschlands und der Beamten hinweisen, aber in anbetracht der Erfüllung ihrer Forderungen betreffs der Teuerungszulage zur Aufnahme der Arbeit auffordern. Der Eisenbahnbetrieb muß ohne Störung fortgeführt werden, heißt es weiter. „An die Arbeit, das ist jetzt die Parole! Kein Mann darf fehlen!“

# Die Volksabstimmungen in den Grenzgebieten.

Man kann in dem nunmehr in Kraft getretenen Friedensvertrag Gebiete unterscheiden, die von vornherein von Deutschland abgetrennt werden ohne irgendeine Befragung der Bevölkerung, und solche, in denen der Ausfall einer Volksabstimmung in höherem oder geringerem Grade für das Schicksal des Landes entscheidend sein soll. Die Bestimmungen sind da sehr verschieden. In den Kreisen Eupen und Malmedy, die Belgien zugedacht sind, sollen nur während der ersten sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages durch die belgischen Behörden Listen ausgelegt werden, und die Bewohner der beiden Kreise sollen das Recht haben, durch ihre Einzeichnung in diese Listen ihren Wunsch auszudrücken, daß das Land ganz oder teilweise unter deutscher Staatsoberhoheit bleiben möge. Hier ist also die allerungünstigste Form, sozusagen eine Karrikatur der Volksabstimmung gegeben. Das annektierende Land hat seine Herrschaft über diese Gebiete bereits angetreten, es wird keine allgemeine Abstimmung angeordnet, für deren Durchführung unter Wahrung der Abstimmungsfreiheit irgendwelche Garantien gegeben werden, sondern den Bewohnern wird nur erlaubt, gegen die schon vollzogene Annexion unterschriftlich Einspruch zu erheben. Es wird offensichtlich darauf spekuliert, daß die Furcht vor Unannehmlichkeiten die Zahl der Protestler stark verringern wird, und so steht diese ganze sogenannte Volksabstimmung im Zeichen des annexionistischen Terrors.

Günstiger sind die Bedingungen in den zur Abstimmung berufenen Teilen von Nord- und Mittelschleswig, von Ermland und Masuren, von Westpreußen und Oberschlesien. Hier wird wenigstens nicht die unmittelbar an einer Grenzänderung interessierte Macht zum Kontrollorgan der Volksabstimmung gemacht, sondern es werden interalliierte Besetzungen vorgenommen und interalliierte Kommissionen gebildet. Stimmberechtigt sind die in jenen Gebieten geborenen Personen beiderlei Geschlechts im Alter von mehr als 20 Jahren, und zwar nicht bloß solche, die jetzt noch in diesen Gebieten wohnen, sondern auch solche, die ihren Wohnsitz verlegt haben. Außerdem sind Personen stimmberechtigt, die in dem Abstimmungsgebiet seit längerer Zeit ihren Wohnsitz haben, seit wie lange, wird von der Kommission festgesetzt.

In der ersten Zone Nord-Schleswigs erfolgt die Räumung von den deutschen Truppen und Behörden binnen zehn Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedens. Die Abstimmung ist spätestens drei Wochen darauf vorzunehmen. In der zweiten Zone Schleswigs soll die Abstimmung spätestens fünf Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone erfolgen. In Ostpreußen hat die Räumung binnen vierzehn Tagen zu erfolgen. Die Volksabstimmung, für die eine Frist nicht angegeben wird, dürfte auch dort sehr bald erfolgen. Das oberschlesische Gebiet ist binnen vierzehn Tagen zu räumen, frühestens sechs Monate, spätestens achtzehn Monate danach soll abgestimmt werden. Im Saargebiet ist bekanntlich eine Volksabstimmung erst nach dem Ablauf von 15 Jahren vorgesehen, sie bildet also noch keine naheliegende Sorge.

Auf Grund des Ergebnisses der Volksabstimmung, die von Gemeinde zu Gemeinde erfolgt, werden die interalliierten Kommissionen die neuen Grenzen festsetzen. Es bestehen also, wenigstens theoretisch, alle drei Möglichkeiten: daß das ganze Abstimmungsgebiet Deutschland erhalten bleibt, daß es ganz dem Nachbarstaate zufällt, oder schließlich, daß drittens die Grenze zwischen dem Nachbarstaat und Deutschland irgendwo inmitten des Abstimmungsgebietes gezogen wird.

Auf eine starke Neigung, möglichst weite Gebiete dem Deutschen Reiche zu erhalten, wird man bei den interalliierten Kommissionen ganz gewiß nicht rechnen dürfen. Desto notwendiger wird es sein, daß der Wille dieser Gebiete, oder wo das nicht möglich ist, so doch bestimmter Teile von ihnen, beim Reiche zu verbleiben, in ganz unzweideutiger Weise in Erscheinung tritt.

Es wird darum von Deutschland aus alles mit dem Friedensvertrag Vereinbare geschehen müssen, daß dieser gewaltige Abstimmungskampf so günstig wie möglich ausfällt. Insbesondere wird sich kein in den Abstimmungsgebieten Geborener, jetzt im Innern Deutschlands lebender Volksgenosse der Pflicht entziehen können, in die bedrohte Heimat zu eilen und dort seine Stimme für sie abzugeben. Die dazu nötigen Mittel müssen vom deutschen Volke in völlig ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

# Der Riß im Zentrum.

Zum ersten Mal seit seiner Gründung ist das Zentrum von der wirklichen Gefahr einer Spaltung bedroht. Risse im Zentrumsturm hat es zwar immer gegeben, aber selbst bei den heftigsten Auseinandersetzungen kam es immer nur zum Ausscheiden einzelner Männer aus der Partei — wie z. B. der Teilnehmer der Oster-Dienstag-Konferenz — niemals brauchte die Partei dagegen ernsthaft zu fürchten, daß die hinter ihr stehenden Massen selber auseinanderfallen würden. Nun ist dieser Fall trotzdem eingetreten, und seltsame Ironie der Geschichte, derselbe Mann erhebt das Banner der Spaltung, der vor Jahren in demselben Lande, das er jetzt dem Zentrum abspenstig macht, unter größter Mühe den Besitz des Zentrums gerettet hat: der „Bauerndoktor“ Georg Heim.

Es gab schon einmal eine Zeit, in der der Besitz des Zentrums in Bayern auf das äußerste bedroht war. Das war damals, als der bayerische Bauernbund gegründet wurde und reißend Anhängerschaft unter der Landbevölkerung fand. Ludwig Thoma hat in seinem bekannten Bauernroman „Andreas Vöst“ die Stimmung jener Zeit festgehalten, wo der bayerische Bauer des Zentrumdoktors überdrüssig wurde und sich einen eigenen Doktor, seinen Bauernbund, verschrieb.

Damals war es Georg Heim, der dem Vordringen des Bauernbundes einen Damm entgegensetzte. Selber Akademiker, verstand er doch durch volkstümliche Sprache und volkstümliches Wesen einen großen Teil der Bauernschaft hinter sich herzureißen, in Genossenschaften und Verbänden zu organisieren, und damit dem Zentrum zu erhalten.

Jetzt aber ist zwischen Heim und das Zentrum ein Trennungsmoment getreten, das sich selbst als stärker erweist, als der Kitt der gemeinsamen klerikalen Gesinnung; der bayerische Partikularismus. Die entsetzliche Finanznot des Reiches hat Erzberger gezwungen, unitarische Finanzpolitik zu treiben. Er konnte den Reichsetat nur zustande bringen, wenn er ein allgemeines Steuervorrecht des Reiches vor den Bundesstaaten konstituierte. In allen Bundesstaaten haben die Erzbergerschen Steuerpläne starke partikularistische Reaktionen ausgelöst, in Nord und Süd wurde namentlich von den betreffenden Ressortministern dagegen pro-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200113-17/fragment/page=0002

testiert, daß die Bundesstaaten „zu Kostgängern des Reichs“ herabgedrückt werden sollten.

Aber nirgends ist die Abneigung gegen den Zentralismus so explosiv in die Erscheinung getreten, wie in der Heimat aller partikularistischen Bestrebungen, in Bayern. Sie hat das unmöglich Erscheinende fertig gebracht; die bisher festeste deutsche Partei zu sprengen.

Die Loslösung des bayerischen Zentrums vom Stamme der Partei vollzieht sich unter beachtenswerten Begleiterscheinungen; sie bedeutet nicht nur ein Erstarken des Partikularismus, sondern auch der Reaktion. Wiederum zeigt sich, wie schon so oft in der deutschen Geschichte, daß Einheit und Freiheit ebenso Hand in Hand gehen, wie Partikularismus und Rückschritt. Die Trennungsreden auf dem bayerischen Parteitag waren voll von Angriffen gegen die republikanische und demokratische Politik, die das Zentrum unter Führung Erzbergers seit der Revolution getrieben hat. Ein Redner schlug unter stürmischem Beifall vor, Erzberger zu den Sozialdemokraten abzuschieben, der Parteivorsitzende, Finanzminister v. Speck machte sogar in einer dem Delegiertentag nachfolgenden großen Volksversammlung offen in schärfstem Antisemitismus und pries die Verdienste des Hauses Wittelsbach um Bayern, beides unter stürmischem Beifall. Mit der Loslösung des bayerischen Zentrums ist also eine entschiedene Rechtsschwenkung verbunden.

Welche weiteren Folgen dieser Austritt für das Zentrum haben wird, ist noch gar nicht abzusehen. Der eigenen Partei scheint der ganz überraschend gekommen zu sein, denn der dem bayerischen Zentrum angehörende Reichsschatzminister Mayer-Kaufbeuren konnte bisher sich noch nicht darüber äußern, welche Folgen die Parteispaltung für seine Ministerschaft haben würde. — Für die Sozialdemokratie liegt aller Anlaß vor, die Weiterentwicklung im Zentrum genau zu verfolgen und zu beobachten.

## Das Grundübel.

Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ hat der Abgeordnete der Nationalversammlung Genosse Theodor Wolff-Tilsit in einem Schreiben an den Reichskanzler die sofortige Entfernung des Befehlshabers im Wehrkreiskommando I, Generalleutnant v. Estorff, von seinem Posten gefordert. Generalleutnant v. Estorff hatte, wie bereits früher mitgeteilt, gegen Genossen Wolff Strafantrag wegen Beleidigung der baltischen Offiziere gestellt. Gen. Wolff vertritt demgegenüber in seinem Schreiben den Standpunkt, daß ein General, der eine disziplinlose und von der Reichsregierung für fahnenflüchtig erklärte Offizierskaste verteidige, nicht mehr auf seinem Posten bleiben könne, wenn die Nationalversammlung nicht zur Possenfigur werden solle. Das „B. T.“ bemerkt dazu:

„Gegenseitige Beschimpfungen und Bestrafungen ändern nichts an der Ursache all dieser Differenzen: dem inneren Widerspruch, der darin liegt, daß eine demokratische Republik von einem in der Hauptsache antidemokratisch und antirepublikanisch gesinnten Offizierskorps verteidigt werden soll.“

Das ist allerdings der Kern des Uebels. Solange dieser Zustand besteht, werden die „Fälle“ nicht abreißen. Die Demokratie kann dauernd nicht in der Weise bestehen, daß sie ihre Feinde links von ihren Feinden rechts im Schach halten läßt oder umgekehrt. Sie muß eigene Macht entwickeln, und nichts wäre verkehrter, als die Annahme, daß Demokratie den Verzicht auf eigene Kraft und Macht bedeute. Bisher hat die Verteidigung der Republik in etwas fataler Weise der Münchhausens in seinem berühmten Abenteuer geglichen, wo der berühmte Freiherr waffenlos spazieren gehend zur Linken einen Löwen und zur Rechten ein Krokodil auftauchen sieht. Er duckt sich, und der Löwe, der bereits zum Sprunge angesetzt hatte, springt dem Krokodil in den Rachen. Man wird zugeben, daß diese Art der Verteidigung einigermaßen riskant ist und daß der vorsichtige Jäger besser tut, sich mit einer tüchtigen geladenen Kugelbüchse auszurüsten. Gewiß ist die Schaffung eines demokratischen Offizierskorps nicht einfach, das alte aktive Offizierkorps ist in seiner großen Mehrheit über Nacht nicht umzuwandeln. Aber im Verlauf des Weltkrieges sind so viele außerhalb der Offizierstradition aufgewachsene Männer zu tüchtigen militärischen Führern herangebildet worden, daß mit ihrer Hilfe sich denn wohl doch nach und nach ein Offizierskorps schaffen ließe, dessen Geist nicht einfach eine Fortsetzung der bisherigen feudalen Kasten-Traditionen ist. E. K.

## Der Entwurf über den Reichswirtschaftsrat.

In der öffentlichen Reichsratssitzung, die gestern nachmittag unter Vorsitz des Ministers Koch stattfand, machte der Minister vor Eintritt in die Tagesordnung darauf aufmerksam, daß es dringend erwünscht sei, den Entwurf über den Reichswirtschaftsrat, der dem Reichsrat bereits vorliege, möglichst früh zu verabschieden; die Arbeitgeber drängten darauf, damit endlich für die Wirtschaftsfragen eine geeignete Körperschaft vorhanden sei. Darum bitte er, daß der Entwurf über den Reichswirtschaftsrat bereits am 15. Januar auf die Tagesordnung des Reichsrats gesetzt werde. Der Wunsch des Ministers Koch fand im Reichsrat allseitige Unterstützung.

## Die Sklarz-Untersuchung.

**Berlin**, 10. Jan. (WTB.) Der sozialdemokratische Untersuchungsausschuß zum Fall Sklarz war am 9. und 10. Januar vollzählig zu ausgedehnten Sitzungen im Reichstagsgebäude versammelt. Der Ausschuß hörte den Abgeordneten Scheidemann, den Polizeipräsidenten Eugen Ernst, die Herren Baumeister, Sonnenfeld sen., Georg Sklarz, den Schwiegersohn Scheidemanns Henk und den Ministerialdirektor Rauscher. Der Reichspräsident hat sich ebenfalls zu den Beschuldigungen gegenüber dem Ausschuß schriftlich und mündlich geäußert. Von dem Reichskanzler Bauer und dem Abg. Wels lagen schriftliche Absagen vor.

Für das bisherige Ergebnis der Untersuchung ist ein Antrag bezeichnend, den der Ausschuß einstimmig am 10. Januar an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerichtet hat. Er beantragt beim Parteivorstand, die Parteigenossen, die im Zusammenhang mit dem Fall Sklarz in der Presse oder sonst in der Oeffentlichkeit ehrenrührig angegriffen werden, zur Erhebung von gerichtlichen Klagen aufzufordern und ihnen auf Parteikosten Rechtsschutz zu gewähren. Es handle sich nicht nur um die Ehre der Parteigenossen, sondern noch mehr um das Ansehen der Partei. Solche Prozesse dürften nicht etwa unterbleiben, weil den angeschuldigten Parteigenossen die Mittel zur Durchführung der Prozesse fehlen.

Sonnenfeld hat im Ausschuß u. a. erklärt, er traue weder Scheidemann, noch einem anderen der damaligen sozialdemokratischen Volksbeauftragten zu, daß sie auf den Tod Liebknechts und der Luxemburg eine Belohnung ausgesetzt hätten. Sonnenfeld wie Baumeister verwahrten sich dagegen, für die vielen in der Oeffentlichkeit gegen führende Sozialdemokraten aufgestellten Behauptungen verantwortlich gemacht zu werden. **Sie selbst könnten aus eigenem Wissen keine ehrenrührigen Behauptungen gegen sozialdemokratische Parteiführer erheben.**

*

Wie der „Vorwärts“ dazu hört, dürfte der Ausgang der ganzen Sache ein solcher sein, daß sich die „Ankläger“ — auch die, die es nun nicht mehr sein wollen — etwas schämen dürften. Wenn Männer, die seit Jahrzehnten als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse im Vordergrund des öffentlichen Lebens stehen, als „Arbeiterverräter“ beschimpft werden, so können sie darüber lächeln. Aber daß man sie durch den Versuch der persönlichen Ehrlosmachung umbringen will, schmeckt verteufelt nach Liebesdienst für die Reaktion.

## Not auch in Paris.

Ein Sonderberichterstatter des „Lokalanzeigers“ veröffentlicht den ersten Brief, dem wir folgendes entnehmen: Die Preise sind im allgemeinen kolossal gestiegen. So kosten z. B. ein Paar Schuhe 125 Fr., eine einfache Spitzenbluse 80—90 Fr., was ja für deutsche Verhältnisse bei dem heutigen Stand der Valuta geradezu unerschwinglich ist, aber auch dem Pariser kaum erträglich erscheint.

## Die Frechheit der Reaktion.

### Militärisches „Vorwärts“-Verbot.

Die „Nachrichten des Republikanischen Führerbundes“ veröffentlichen in ihrer eben erschienenen Januar-Nummer folgenden Regimentsbefehl:

**Potsdam, 25. November 1919.**

**Die von der Reichswehrbrigade III täglich hier eintreffenden Zeitungsverteiler bringen — was verboten ist — auch den „Vorwärts“ zur Verteilung.**

**Die Posten sind zu instruieren, die Verkäufer, auch wenn sie Noske-Ausweise haben, zur Wache zu senden. Auf der Wache ist ihnen jede Ausgabe des „Vorwärts“ abzunehmen und erst bei ihrem Verlassen des Kasernements wieder auszuhändigen. Die erfolgte Beschlagnahme von „Vorwärts“-Exemplaren ist stets im Wachausgang des Regiments zu melden.**
**gez.: Sanner, Oberltn. und Regimentskommandeur i. d. R.**
**gez.: (Unterschrift), Ltn. und Regimentsadjutant.**

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: Dieser Befehl ist die tollste Provokation, die sich ein alldeutsches Offizierkorps seit Bestehen der Republik geleistet hat. Es ist eigentlich kaum zu begreifen, wo die Herren Offiziere die Frechheit für ein solches Verbot hernehmen. Wir stellen hiermit an den Reichswehrminister die ausdrückliche Forderung, daß nicht nur dieses Verbot sofort aufgehoben wird — was ja eine glatte Selbstverständlichkeit ist —, sondern daß die Offiziere, die durch dieses Verbot den offensichtlichen Versuch machen, jede Beeinflussung im Sinne der Republik und Regierung von der Truppe fernzuhalten, für dieses staatsfeindliche, politische Treiben in der schärfsten Weise zur Verantwortung gezogen werden.

Wir weisen gleichzeitig darauf hin, daß in der gleichen Kaserne, für die das Verbot gilt, die „Deutsche Tageszeitung“ zur Verteilung kommt. Ferner erhalten die Angehörigen der Reichswehrbrigade III von Amts wegen das offizielle Brigadeorgan „Eichenlaub“ zugestellt. Fast jede Nummer dieses Blättchens enthält einen wüsten Schimpfartikel — gegen den „Vorwärts“. Es liegt also Methode in der Sache: Der „Vorwärts“ wird gleichzeitig beschimpft und verboten. Daß ein offizielles Militärorgan kein anderes Ziel kennt, als andauernd Schimpfartikel gegen den „Vorwärts“ zu bringen, ist auch eine Erscheinung, die zu dem angeblichen Verbot der Parteipolitik innerhalb der Reichswehr paßt, wie die Faust aufs Auge.

## Der Verräter.

Wie oft wurde nicht während des Krieges die Nibelungentreue gerühmt. Die beiden Monarchen Wilhelm II. und Karl I. wurden in allen Tönen als das Symbol derselben gefeiert. Wie oft haben diese beiden „erlauchten“ Herrscher nicht in gegenseitigen Telegrammen einander ihre Treue gelobt. Wehe dem, der auch nur den leisesten Zweifel an der Unerschütterlichkeit der Nibelungentreue zu hegen sich erdreistete, sofort fiel die ganze Meute der deutschen und der k. und k. Reaktionäre und Hofschranzen über den Armen her. Wie man heute in diesen Kreisen über den verflossenen Kaiser Karl urteilt, zeigt folgende kleine Notiz im Berliner „Lokalanzeiger“. Dort heißt es:

Der Verräterbrief Kaiser Karls vom 14. März 1917 an dem Prinzen Sixtus von Parma wird im heutigen „Abend“ dem bestinformierten Spätabendblatt Berlins, das täglich kurz nach 5 Uhr im Straßenhandel für 15 Pf. zu haben ist, im Faksimile veröffentlicht.

So sieht der Patriotismus der „Kaisertreuen“ aus, während des Krieges machte man Geschäfte mit hurrapatriotischen Schilderungen über die Frontreisen und den Fall Kaiser Karls in den Isonzo und heute macht man Geschäfte mit dem Verräterbrief des Mannes, dessen Treue man vor Tische nicht genug rühmen konnte.

## Kommunistisches Durcheinander.

Die „Rote Fahne“ beschimpft die Berliner Metallarbeiter, weil sie eine Teuerungszulage von 25 Mk. pro Woche fordern. Mit derartigen „Bettelpfennigen“ dürften sich die Arbeiter nicht abfinden lassen, die Metallarbeiter hätten ganz andere Forderungen stellen müssen, die mit der jetzigen Teuerung im Einklang stehen. So die „Rote Fahne“ auf der ersten Seite. Um so erstaunter ist man dann, auf der dritten Seite der „Roten Fahne“ im Wirtschaftsteil folgendes zu lesen:

Sollen Lohnerhöhungen wirksam werden, so müssen vorher alle Garantien vorhanden sein, damit das Schwinden unentbehrlicher Güter verhindert und unnötige Preissteigerungen vermieden werden. Luxusproduktion und Luxuseinfuhr müßten zum Verschwinden gebracht werden. Wenn man nicht das Schwinden unentbehrlicher Güter verhindert, **führen Lohnerhöhungen, je größer sie sind, zu um so rascherer Verelendung der Arbeiter und Angestellten.**

Also auf der ersten Seite fordert die „Rote Fahne“ viel größere Lohnerhöhungen als die, um welche die Arbeiter kämpfen; auf der dritten Seite erklärt sie, daß Lohnerhöhungen, je größer sie sind, desto rascher zur Verelendung führen. Daraus muß man schließen, daß es das Ziel der „Roten Fahne“ ist, die Arbeiter möglichst rasch zu verelenden. Jedenfalls verdient ihr Geständnis im Wirtschaftsteil über die Wirkung rapider Lohnsteigerungen festgehalten zu werden, wenn die Kommunisten wieder einmal durch agitatorische Ueberbietung berechtigter Forderungen dem Lohnkampf der Arbeiter in den Rücken fallen.

## Der „revolutionäre“ Betriebsrat läßt regnen und die Sonne scheinen.

Der „revolutionäre“ Betriebsrat ist Eisbrecher, Wärmespender oder Wettermacher. Der „Vorwärts“ macht sich lustig über die Gewohnheit der „Linkser“, die Betriebsräte als eine Art Mädchen für alles und jeden Schmerz anzupreisen. Nach unserer Meinung diesmal mit Recht. Er schreibt:

„Die Siemens-Werke sind wegen Kohlenmangel stillgelegt worden. Nach Erklärung des Kohlenkommissars sind 75 mit Kohlen beladene Transportkähne im Eise stecken geblieben. Die „Rote Fahne“ schreibt dazu: Der Schluß aus diesen harten Tatsachen ist zwingend: Kampf um die Kontrolle der Produktion unseres Verkehrs durch die Arbeiter, Angestellte, untere und mittlere Beamte gemeinsam. Kampf um revolutionäre Betriebsräte“

Sehr gut! Der revolutionäre Betriebsrat würde natürlich mit seiner revolutionären Glut sofort das Eis um die 75 Kähne auftauen. Im Ernste gesprochen: Die Kohlenverteilung geschieht heute bereits in Deutschland nach sozialistischen Grundsätzen durch eine Reichszentrale. Daß dabei auch Fehler vorkommen, soll nicht geleugnet werden. Aber würde es eine Rätewirtschaft wohl besser machen. Die russischen Erfahrungen sprechen nicht dafür!“

Wahrhaftig! Man müßte den Redakteur der „Roten Fahne“ fragen, was er zu tun gedenkt, daß keine 75 Kähne im Eise stecken bleiben. Kann er das nicht sagen, dann müßte man sich selber fragen, was eben dieser Redakteur wohl ist . . .

## Kurze Notizen.

**Dank an Posens Beamte und Lehrer.** Der Regierungspräsident v. Bülow veröffentlicht als stellvertretender Oberpräsident der Provinz Posen eine Bekanntmachung, die unter Hinweis auf den Uebergang der Staatshoheit auf Polen den preußischen Beamten und Lehrern für ihre treue Arbeit in der Ostmark des preußischen Staates dankt.

**Minister Auer wieder hergestellt.** Minister Auer ist so weit wieder hergestellt, daß er morgen die Klinik verläßt und sich zur Nachkur ins bayerische Oberland begibt.

Hoffan.

Wasch jede Wäsche mit Hoffan
die Arbeit ist dann leicht getan.

Hoffmanns's Waschpulver Hoffan
ist überall zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751920013-17/fragment/page=0003

**Bulgarien hat ratifiziert. Aus Sofia meldet Havas:** Die Sobranje hat den **Vertrag von Neuilly ratifiziert.**

**Türkisches. Wie die Zeitungen melden,** soll Enver Pascha die revolutionäre **Bewegung in Turkestan,** Afghanistan und Beludschistan leiten.

**Englischer Boykott. Der Verband** britischer Spielzeugfabrikanten und Händler hat nach der „Times“ in einer Versammlung in Manchester eine Entschließung angenommen, nach der deutsche Spielwaren für die Mindestdauer von zwei Jahren nicht eingeführt werden dürfen.

**Rücktritt der portugiesischen Regierung.** Das Reutersche Bureau meldet aus Lissabon, daß die portugiesische Regierung zurückgetreten ist.

# Die Valutakommission und die Hebung unserer Finanzlage.

Die ständige Valutakommission trat am 8. Jan. unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zu einer Gesamtsitzung zusammen, in der insbesondere die Frage, in welcher Weise der weiteren Steigerung der schwebenden Schulden begegnet werden kann und die Frage der Erlangung von langfristigen In- und Auslandskrediten erörtert wurde.

Die Unterkommission III beschäftigte sich mit den Fragen über den Ein- und Ausfuhrhandel, sowie mit der Preisgestaltung im Innern und in Verbindung damit mit der Entwicklung der Valuta. Sie hat Leitsätze aufgestellt, in denen es u. a. heißt:

Die Valutakommission hat davon Kenntnis genommen, daß für die nächsten Monate zur Finanzierung der Einfuhr von Lebensmitteln

**sehr erhebliche Beträge zu Devisen erforderlich**

sein werden. Die Kommission ist der Ansicht, daß diese Einfuhr zwar unter den gegenwärtigen Verhältnissen als eines der Mittel zur Hebung der Arbeitslust und damit der Produktion notwendig ist, daß aber die Einfuhr von Lebensmitteln, die auch für die Reichsfinanzverwaltung erhebliche finanzielle Opfer mit sich bringt, möglichst eingeschränkt und daß dabei vor allen Dingen angestrebt werden muß, durch eine planmäßige, auch im Innern zu verfolgende Politik, die Einfuhr von Lebensmittel-Fertigfabrikaten, wie Schmalz, Speck und Fleisch, durch eine solche von landwirtschaftlichen Rohstoffen, insbesondere Futtermitteln und Getreide zu ersetzen.

Die Kommission ist der Ansicht, daß **alle Luxusimporte zu verhindern** sind. Bei der Prüfung der Einfuhrbewilligungen muß nach Ansicht der Kommission Rücksicht darauf genommen werden, daß keine Gegenstände hergestellt und in den inländischen Konsum gebracht werden, die wir in unserer augenblicklichen Not noch entbehren können. (Seidenfertigfabrikate, Kupferfertigfabrikate usw.)

Das einzige durchgreifende Mittel, auf die Dauer zu einer Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und der Valuta zu gelangen, liegt in der Förderung der inländischen Produktion, die in erster Linie nur durch eine gesteigerte Arbeit des ganzen Volkes erreicht werden kann. Es muß nicht nur überhaupt mehr gearbeitet werden, sondern auch mehr als in den Ländern, die den Krieg gewonnen haben. Eine verringerte Arbeitszeit wirkt um so unheilvoller, als die Leistungsfähigkeit starke Einbuße erlitten hat.

Der zurzeit vorhandene erschreckende Rückgang der inländischen und gewerblichen Produktion beruht wesentlich auf der mangelnden Kohlenförderung und der durch die Transportverhältnisse bedingten mangelhaften Verteilung der Kohle.

Die Kommission empfiehlt für alle Gebiete der Wirtschaft, insbesondere hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Prüfung der Frage, inwieweit die behördlich festgesetzten Preise im richtigen Verhältnis zueinander stehen und einen angemessenen Ersatz für die Unkosten der Produktion enthalten. Die Kommission regt an, die nächstjährigen Erzeugerpreise schon im nächsten Monat bekannt zu geben, damit sie der Landwirtschaft vor Inangriffnahme des Frühjahrsanbaues bekannt sind.

Diese Leitsätze wurden mit allen gegen eine Stimme von der Hauptkommission angenommen.

# Parteinachrichten.

**August Winnig legt sein Mandat nieder.**

Dem „Hamburger Echo“ wird gemeldet: August Winnig, der Oberpräsident von Ostpreußen, hat sein Mandat zur Nationalversammlung niedergelegt. Winnig hat wegen seiner Haltung in der baltischen Frage und wegen seiner Politik in Ostpreußen mancherlei bittere Kritik in der Partei erfahren. Auch die Parteiorganisation in Pommern, wo Winnig gewählt ist, ist mit seiner Haltung nicht einverstanden. Man darf annehmen, daß diese politischen Differenzen den Genossen Winnig bei seinem Entschlusse bestimmt haben.

# Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Wahlsieg der Mehrheitssozialisten im Berliner Zentralverband der Angestellten.**

**Berlin,** 12. Januar. Der „B. Z.“ zufolge haben bei den gestrigen Delegiertenwahlen des Zentralverbandes der Angestellten die Unabhängigen und die Kommunisten eine vollständige Niederlage erlitten. Die beiden Parteien konnten von 17 523 abgegebenen Stimmen nur 4980 auf ihre Liste vereinigen.

**Der Versicherungsangestelltenstreik beendet.**

WTB. **Berlin,** 12. Januar. Heute früh erschienen, den Abendblättern zufolge, die Angestellten der Berliner Versicherungsunternehmungen vollzählig an ihren Arbeitsstellen. Die Arbeit ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Zu Kundgebungen ist es nicht mehr gekommen.

**Nie Abtretung Nordschleswigs.**

**Sonderburg, 12. Januar. Die „Sonderburger Ztg.“ meldet: Die internationale Kommission in Kopenhagen hat in Nord-Schleswig für die einzelnen Kreise bereits Landräte und zwar aus der dänisch gesinnten Bevölkerung ernannt. Diese haben ihren Dienst sofort angetreten. Außerdem hat sie sogenannte Kontrollkommissionen gebildet, deren Vorsitz der Landrat führt. Diese Kommissionen haben die Abstimmungsvorbereitungen in den einzelnen Kreisen vorzubereiten. Ihnen gehören sowohl Deutsche als auch Dänen aus der einheimischen Bevölkerung an.**

**Der Bürgerkrieg in Rußland.**

**Bern, 12. Jan. Nach dem Ukrainischen Preßbüro haben die ukrainischen Aufständischen die Reste der Armee Denikins rechts vom Dnjepr vertrieben. Starke Abteilungen Aufständischer unter Mitwirkung galizischer Ukrainer sind in Odessa eingezogen.**

**Amsterdam, 12. Jan. Laut „Algemeen Handelsblad“ melden die „Times“ aus Charbin, daß Koltschak zurückgetreten ist und sich unter dem Schutz der Alliierten gestellt hat. In Süd-Rußland haben die Bolschewisten nach heftigem Kampfe Rostow am Don genommen.**

# Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

## Lebensmittel-Kalender.

**Der Verkauf von Quark** erfolgt am Mittwoch auf den Abschnitt 18 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer Scharfe, Rudolf-Haym-Straße 35, den Milchhändlern Kunze, Körnerstr. 31, Hentze, Zenkerstr. 6, und in den Verkaufsstellen der Niemberger Molkerei, Lindenstr. 52, nachm. von 2—6 Uhr und Beesener Str. 1, vorm. von 8—12 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 78 Pf. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Freitag, den 16. Januar, abzuliefern.

**Städtischer Verkauf von Milch-Süßspeise an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre** in der Talamtschule am Mittwoch. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern **1—10 000** vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern **10 001—22 580** nachm. von 2—6 Uhr; sofern zum Haushalt Personen gehören, welche sich in der obengenannten Altersstufe befinden. Es können auf jeden Abschnitt U der besonderen Bezugsscheine für Kinder bis zu 12 Jahren, auf jeden Abschnitt S der besonderen Bezugsscheine für Jugendliche von 12—17 Jahren und auf jeden Abschnitt T der besonderen Bezugsscheine für alte Leute über 70 Jahre zwei Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pf. für das Paket abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 13. Januar 1920. **Der Magistrat.**


**Walhalla-Operettentheater.**
Anfang 7 Uhr:
**Die Dame vom Zirkus.**
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

**Stadt-Theater**
Mittwoch d. 14. Jan 20, Anf. 7, End geg. 10 Uhr:
Uraufführung:
**Das Paradies.**
Tragödie von Hans J. Rehfisch.
Donnerstag:
**Tristan und Isolde.**

**Licht-Spiele**
Mittwoch Nachmittag
**Vorstellung für Jugendliche!!**
**Persönliches Auftreten**
der kleinen Filmschauspielerin
**NELLY GUTMANN**
Einlaß 3 Uhr! Anfang 3½ Uhr!
**Ab 5 Uhr Vorstellung**
**Nur für Erwachsene!**
Vorführung: 6.35 und 8.30.
Fernsprecher 4681 Große Ulrichstr.
Im Herzen der Stadt

**Metall u. Felle**
**Spezial-Einkauf**
zu folgenden selten hohen Preisen.

| | | |
|---|---|---|
| Winterhasen prima | | 18 M. bis 23 M. |
| Ziegenfelle prima | | 130 M. |
| Schafwolle prima | Kilo bis | 40 M. |
| Marderfelle Ia prima | bis | 650 M. |
| Roßhaare (Schweif gebünd.) | Kilo | 25 M. |
| Kalbfelle (frisch) | Kilo | 45 M. |
| Schaffelle (frisch) | Kilo | 22 M. |
| Kaninchenfelle prima, | Stück bis | 16 M. |

Alle anderen Sorten sehr hohe Preise.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kupfer | Kilo 9. M. | Blei | Kilo 3 M. |
| Messing | Kilo 4.50 M. | Zink | Kilo 2 M. |
| Rotguß | Kilo 7.— M. | Zinn | Kilo 10 M. |

Metallsammler, Klempnermeister usw. erhalten besonders hohe seltene Preise.
Abholung kostenlos durch eigene Boten.
Postkarte oder Telephon genügt.
Komme bei größeren Posten auch auswärts.
**Franz Halle,**
Fellhandlung. Kürschnerei.
Halle a. S., Breitestraße 6. Tel. 4877.

**Kaufe zu hohen Preisen**
**Roßhaar, Häute und Metalle.**
**E. Kutter,**
Kleine Klausstraße 6.
Telephon 4932.

**Apollo-Theater**
Täglich abends 7 Uhr!
Walter Kollos neueste Operette
**„Frl. Puck“**
erzielt allabendlich
**volle Häuser!**
Gute Plätze sichert nur
**baldige Bestellung!**
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.


**Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.**

## Weißenfels

### Petroleum-Verkauf.

Von Mittwoch, den 14. ds. Mts. ab findet in den nachstehenden Geschäften der Verkauf von Petroleum auf die Januarmarke 1 der Beleuchtungskarte wie folgt statt:

| | |
|---|---|
| Kaufmann P. Kuhno, Nikolaistr. | 1—1000 |
| „ W. Fischer, Jüdenstr. | 1001—2000 |
| „ J. Bechthold, Walterstr. | 2001—2500 |
| „ E. Boanitz, Leopold-Kellstr. | 2501—3000 |
| Konsumverein, Schillerstr. | 3001—3500 |
| Kaufmann J. F. Petzold, Markt | 3501-Schluß. |

Auf jede Marke wird 1 Liter Petroleum zum Preise von 2.75 Mk. abgegeben.

Weißenfels, den 12. Januar 1920.
**Der Magistrat.**

### Quark-Verkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der 19. Margarinemarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 62 Pfg. abgegeben.

Hampe, Tagew. 23 — 28901—29700

Die Abholung hat bis zum 13. 1. abds. 6 Uhr zu erfolgen.

### Verteilung von Kakao-Mischung im Stadtkreise.

Vom Dienstag, den 13. bis Sonnabend, den 17. d. Mts. kommen auf Marke 335

**75 g Kakao-Mischung zum Preise von M. 1.75**

in den nachstehenden Geschäften zur Verteilung.

Zur Abwickelung eines geordneten Verkehrs ist die folgende Nummerneinteilung strengstens innezuhalten:

| | |
|---|---|
| 1— 1500 | **Herm. Vollrath,** Jüdenstr. |
| 1501— 3000 | **Marg. Eberling,** Kaufhausgasse, |
| 3001— 4500 | **J. F. Petzold,** Leipzigerstr., |
| 4501— 5800 | **Konsum-Verein,** Leipzigerstr., |
| 5801— 7000 | **C. F. Schröder,** Leipzigerstr., |
| 7001— 8400 | **Hoffstein,** Leipzigerstr., |
| 8401— 9800 | **Ad. Meinhardt,** Saalstr., |
| 9801—11000 | **Ronneberger,** Hermannsgarten, |
| 11001—12300 | **Herm. Stauch,** Nikolaistr. |
| 12301—13400 | **A. Berndt,** Nikolaistr., |
| 13401—14400 | **Curt Grosche,** Georgenbergstr., |
| 14401—15900 | **Stephan,** Gr. Deichstr., |
| 15901—17400 | **Blume,** Ladegaststr., |
| 17401—19000 | **Grabicke,** Langendorferstr., |
| 19001—20400 | **Roßberg,** Langendorferstr., |
| 20401—22100 | **Gebr. Klaffenbach,** Gr. Burgstr., |
| 22101—23500 | **Friedrich Würfel,** Bergstr., |
| 23501—25300 | **Gaudig,** Bergstr., |
| 25301—26500 | **L. Krämm,** Weinbergstr., |
| 26501—27700 | **H. Knittel,** Katharinenstr., |
| 27701—28900 | **Wolfermann,** Merseburgerstr., |
| 28901—30000 | **Werner,** Kubastr., |
| 30001—31500 | **Konsum-Verein,** Schillerstr., |
| 31501—33000 | **A. Kögler,** Wielandstr. |
| 33001—Schluß | **Konsum-Verein,** Saalstr. |

Markenablieferung und Bestandsangabe der Verkaufsstellen am Dienstag, den 20. ds. Mts., an das Städtische Lebensmittelamt Marienstraße 1 a.

Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. 9. 4. 11. 1915 bestraft.

Weißenfels, den 12. Januar 1920.
**Der Magistrat.**


**Volkspark**
Mittwoch, 14. Januar, ½7 Uhr
**II. Winterkonzert des Philharm. Orchesters**
Leitung: Kapellmeister E. Augustin.
Hieran anschließend:
**Das beliebte große Ballfest!**
Volle Musik. Neueste Tänze.

**Hallische Künstlergruppe.**
Mozartsaal, Weidenplan 20.
Freitag, den 16. Januar, abends 8 Uhr:
**Ida Orloff**
Rezitation expressionistischer Dichtungen.
Peter Altenberg, Plotke, Wildgans, Rehfisch, Blass, Herm. Meise, Stramm, Klemm Werfel.
Karten Mk. 4, 3, 2 Goethe-Buchhandlung, Grosse Ulrichstrasse 63, Fernspr. 4520, und an der Abendkasse.

**Sozialdemokratischer Verein für Merseburg - Querfurt - Weissenfels.**
2. Unterbezirk.
Sekretariat: Merseburg, Annenstrasse 19. — Telephon 431. —
Versammlungslokal Restaurant „Hohenzollern“, Teichstrasse.
**Mitglieder-Versammlung**
jeden Mittwoch nach dem ersten im Monat abends 8 Uhr. ---- Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.
Albert Müller.

**Schlafzimmer**
kauft man ganz besonders billig in der
**„Raumkunst“, Poststraße 8.**

Wir empfehlen:
**Arbeiter-Notiz-Kalender 1920**
gebunden zum Preise von Mk. 3,50.
Buchhandlung der Volksstimme,
Grosse Ulrichstr. 27. — Bestellungen nehmen auch alle Austräg. entgegen.

**Sie werden staunen**
über die hohen, noch nie dagewesenen Preise, die ich für alte künstliche, auch zerbrochene
**Gebisse,**
**Zähne und Platin zahle.**
Kein Zahn unter 8 M., evtl. bis 40 M.
Platin bis 125 M. p. Gr.
Brennstifte 60 M. und höher.
Kaufe nur Mittwoch, den 14. Januar, von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends, im Hotel „Deutscher Hof“, Franckestrasse 8, I. Stock, Zimmer 8.
Kaufe auch von Zahnärzten und Händlern.

**Bei Einkäufen**
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

**Hasenfelle**
kaufen zu Höchstpreisen
**Gebr. Danglowitz,**
Fischerplan 2. Tel. 1178

**Qualitäts-Dauerwäsche**
mit Stoffeinlage
Manschett. Kragen Vorhemden
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Dauerwäsche-Spezialhaus
**Geiststr. 53**
schrägüber der Adler-Apotheke. 9949

**Ratgeber für Amtsvorsteher.**
Unentbehrliches vollständiges Nachschlagewerk,
herausgegeben vom
Sozialb. Bezirks-Vorstand des Agit.-Bez. Mittelschlesiens, Breslau.
**Preis 6 Mk.**
Vorrätig in der
**Buchhandlung der Volksstimme,**
Große Ulrichstraße 27.
Die Lieferung erfolgt auch durch die Zeitungsträgerinnen.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751920013-17/fragment/page=0004

# Partei-Angelegenheiten.

**S. P. D. Distriktversammlung 18—20.** Mittwoch, den 14. d. M., abends 7½ Uhr im Vereinslokal Emmer, Ecke Eichendorff- und Richard-Wagner-Straße. Distriktsversammlung. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Gäste können eingeführt werden.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. Pikard über August Bebel, sein Leben und Wirken.
2. Distrikts- und Vereinsangelegenheiten.

**Rednerschule.** Der Unterricht findet Dienstag von 4½—6½ und 6½—8½ Uhr im Augustinerbräu, Mittelstraße, statt.

# Aus dem Stadtkreis.

Halle 13. Januar 1920.

## Soziale Fragen im Stadtparlament.

Das Anträge-Bukett, welches dem Plenum der gestrigen Stadtverordnetensitzung vorlag, bot ein buntes Muster der vielerlei Aufgaben unserer Stadtverwaltung. Alle für die Gegenwart bedeutungsvollen Probleme fanden in der Tagesordnung ihren Niederschlag: Kohlennot, Erwerbslosenfrage, Kommunalisierung, Einwohnerwehr und endlich auch das meistgenannte Wörtchen der Zeit: Streik. Dieses allerdings in einem Antrage der es ersticken sollte. Einem günstigen Winde ist es aber zu danken, daß nicht alle Petitionen zur Verhandlung gelangten, was man schon im Interesse unserer gerade jetzt so arg geplagten und belasteten Stadtväter — und — Mütter begrüßen mußte, dann aber auch im Hinblick auf die „Polizeistunde" — gegen 8 Uhr war nämlich noch immer kein Ende abzusehen.

Eine „warme" Stimmung wird es in der Hallischen Einwohnerschaft auslösen, zu wissen, daß es nun endlich Kohlen geben — soll! Am Donerstag schon wird der erste Wagen des kostbaren schwarzen Stoffes unsere Hausfrauen beglücken — hoffen wir, daß die mittelalterliche halsbrecherische Dunkelheit unserer Winkelstraßen nun auch wieder überwunden wird. Ein dunkler Punkt bürgerlicher Zivilisation und Kultur wird freilich für immer die Kasernierung der Prostitution bleiben. In totaler Verkennung wahrer Sittlichkeit ist diese Institution geschaffen worden, deren Weiterbestehen allen Gesetzen der Menschlichkeit und des Mitgefühls Hohn sprechen würde. Der Beschluß des sozialen Ausschusses im Prinzip der Aufhebung der Reglementierung zuzustimmen, kann deshalb nur befürwortet werden.

Weiter hatte sich der soziale Ausschuß mit der sehr wichtigen Erweiterung des städt. Säuglingsheims zu beschäftigen gehabt. Die furchtbare Unterernährung der deutschen Mütter während des Krieges und die damit verbundene große Sterblichkeit unter den Säuglingen erfordern schnellste soziale Maßnahmen in dieser Frage von Staat und Gemeinde. Eine Beschleunigung des Neubaues eines weiteren Säuglingspflegeheimes, das nach einer Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters geplant ist, wird deshalb im Interesse der Erhaltung der deutschen Volkskraft liegen. Die Jugend aber nicht nur vor körperlicher, sondern auch vor geistiger Verelendung zu bewahren, lag ein Antrag auf Kommunalisierung der Kinos vor, dessen Begründung von Herrn Spielt, Chr. V., ganz richtig mit den Worten gegeben wurde: Hier sei das freie Spiel der Kräfte nicht am rechten Platze. Es freut uns feststellen zu können, daß auch auf dieser Seite wenigstens in jener Frage die Schäden des ungebundenen Privatkapitals erkannt werden.

Anderer Meinung waren hierüber die Demokraten, die diesen Punkt unter dem Gesichtswinkel des Geldverdienens abtun wollten, indem ihr Redner von den weit überschätzten Einnahmen der Kinos sprach und deshalb glaubte im Interesse des Gemeindesäckels vor der Kommunalisierung warnen zu müssen. Gerade hierbei dürfen Geldsackinteressen aber auf keinen Fall mitsprechen, sondern einzig und allein das Wohl unserer heranwachsenden Jugend. Waren in dieser Sozialisierungsfrage die Geister schon in Bewegung geraten, so stießen sie hart auf hart bei dem undurchsichtigen Antrage der Deutschnationalen, das Streikrecht der städt. Arbeiter und Angestellte durch magistratliche Verfügung zu beschneiden. Daß es Grenzen im Streikrecht gibt, haben auch wir erklärt, aber diese Grenzen müssen von den Streikenden selbst erkannt werden und so wird diese Frage wohl besser von Fall zu Fall von den Gewerkschaften erwogen — wie das auch tatsächlich in einzelnen Städten bereits geschehen ist.

*

## Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 12. Januar.

Der Vorsitzende Hennig eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der Stv Kaunen (Unabh.) sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt hat, da er mit Arbeiten im Parlament und sonstigen beruflichen Pflichten überhäuft ist. An Eingängen liegt ein Gesuch mehrer Feuerwehrleute vor, die auf Lebenszeit angestellt werden wollen. Dies Gesuch wird dem Petitionsausschuß überwiesen. Ein Dringlichkeitsantrag der Frau Krüger (Unabh) wird an den Schluß der Tagesordnung gesetzt. Der Antrag verlangt, wegen des augenblicklich auf 20 Stunden reduzierten Unterrichtes in den Schulen, den Religionsunterricht ganz aus dem Stundenplan zu streichen. Hierauf tritt die Sitzung in die Tagesordnung ein.

Gemäß dem Beschluß einer früheren Stadtverordnetensitzung, soll eine Gesundheitsdeputation der Stadt gebildet werden. Aus den Reihen der Stadtverordneten werden heute die Herren Kürbs, Bundt, Gen. Wilke, Frau Schmidt und Frl. Lange gewählt. Der Leiter dieser Institution ist der Stadtarzt.

Zwecks Gründung eines Finanzbüros für Erledigung der städt. Finanzangelegenheiten werden ab 1. April die Gründung von drei neuen Beamtenstellen beschlossen. Diese Maßnahme ist zur Erhaltung einer geordneten und klaren Finanzwirtschaft unbedingt nötig und ein eigenes Finanzbüro besteht schon längst in fast allen größeren Städten.

Eine Magistratsvorlage fordert ab 1. Januar die

**Erhöhung der Wassergebühren von 28 auf 45 Pfg. pro Kubikmeter.**

Da sich diese Erhöhung aus den jetzigen ungünstigen Verhältnissen ergibt und bei einer Nichterhöhung die Stadt große Einbußen erleiden muß, wird die Vorlage ohne Debatte angenommen.

Eine weitere Magistratsvorlage fordert eine Umstellung in der Verteilung der Lehrstellen. Einige sollen aufgehoben, andre erst neu besetzt werden. Weiter bittet der Magistrat, zuzustimmen, daß bis auf weiteres an den evangelischen Volksschulen, trotz Rückgang der Schülerzahlen, keine Lehrer- und Lehrerinnenstellen eingezogen werden, um die so nötige Herabsetzung der Zahl der Schüler und Schülerinnen in allen Klassen der Volksschule zu erreichen.

Wenn alles dies zusammengezogen wird, ergibt sich die Neubesetzung von vier Lehrerinnenstellen. Die Mehrkosten für den Schuletat belaufen sich infolgedessen auf 15 400 Mk.

Auch diese Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Dem Magistratsbeschluß, zwanzig Stadtsekretärstellen in Obersekretärstellen, tritt die Versammlung ebenfalls bei.

Für die Herrichtung von 82 Heckenbegräbnisstellen auf dem Südfriedhof werden 7500 Mk. bewilligt. Die Arbeiten sollen dortselbst noch im laufenden Rechnungsjahr erledigt werden.

In der nächsten Vorlage fordert der Magistrat für den Ausbau der Straßenbahn zwecks

**Herbeischaffung von Kohle aus dem Geiseltal**

80 000 Mk. Die erforderlichen Vorarbeiten sind von der Ortskohlenstelle bereits erledigt worden. Das Projekt sieht den Anschluß der Grube Cecilie bei Lützkendorf vor. Die Grubenverwaltung hat sich bereit erklärt, zwei Brikettpressen zur Versorgung des Bahntransportes bereitzustellen. Diese beiden Pressen speisen einen Bunker, der dort von der Stadt aufgestellt wurde. Von diesem Bunker aus wird dann die Beladung vorgenommen. Die Entladung der Wagen soll in der Stadt auf dem Depot des Rokplatzes erfolgen, von wo aus dann die Stadt versorgt wird. Der Bau des Bunkers kostet 17 000 Mk. Die Ortskohlenstelle hofft, mit einem Wagenpark von 6 Wagen täglich 300—600 Zentner heranholen zu können. Durch die Beschaffung weiterer Wagen werden diese Mengen noch erhöht werden.

Stv. Osterburg teilt mit, daß die erste Fahrt dieses Kohlenzuges Donnerstag vor sich gehen wird.

Der Vorlage wird ebenfalls ohne Debatte zugestimmt.

Es folgen dann

**kleinere Vorlagen.**

Es werden angenommen:

Erhöhung des Einkaufsgeldes für die Einkaufsstellen im Hospital St. Cariaci et Antonii. Der Haushaltsplan der Brumhard-Stiftung für 1920. Einige Legate für die Pflege von Erbbegräbnissen auf hiesigen Friedhöfen. Verstärkung einiger Kapitel des Hauptetats wegen enormer Steigerung der Preise für alle notwendigen Artikel.

Eine Debatte entspinnt sich nur wegen der Annahme der Legate betr. Pflege der Erbbegräbnisse. Der Stv Albrecht (Unabh.) meint, daß die Stadt sich nicht verpflichten kann, Jahr über das Jahr 2000 hinaus einzelne Gräber gegen eine derartig lächerliche Summe zu pflegen. Sein Parteifreund Hildebrandt ist der Ansicht, daß wir uns um die Dinge, die bis dahin reichen, keine grauen Haare wachsen zu lassen brauchen, da dann längst die sozialistische Gesellschaft an Stelle der bürgerlichen herrscht. Mit derartigem „Plunder" sei dann schon längst aufgeräumt worden.

Auf Grund eines schon vor Monaten eingebrachten Antrages der U. S. P. hat sich der Soziale Ausschuß im Prinzip mit der

**Aufhebung der kasernierten Prostitution**

einverstanden erklärt. Er ersucht den Magistrat, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um im Stadtbezirk Halle die kasernierte Prostitution aufzuheben.

Stv. Frau Krüger (Unabh.) begründet den Antrag und weist an Hand von Zahlen und Statistiken nach, wie gefährlich dieser Krebsschaden des kapitalistischen Systems der menschlichen Gesellschaft wird.

Die Versammlung tritt dem Beschlusse des sozialen Ausschusses bei.

Ein anderer Antrag des sozialen Ausschusses ersucht die Verwaltung des städt. Säuglingsheimes das Emilienheim so auszubauen daß noch mehr Säuglinge aufgenommen werden können. Ebenso soll Vorsorge für Errichtung weiterer Privatpflegestellen getroffen werden. Zu diesem Zwecke werden 18 000 Mk. zur Verfügung gestellt.

Stv Frl Volk (D.-N.) führt als bestes Mittel zur Bekämpfung der großen Unterbrinaunasnot pflegebedürftiger Säuglinge, die Errichtung von Mütterheimen an. Da dies jedoch jetzt nicht durchzuführen ist, müssen die Säuglingsheime erweitert werden.

Oberbürgermeister Rive: Das Kuratorium der Bethel-Lehmannstiftung hat bereits den

**Bau eines weiten Säuglingsheimes**

erwogen. Die nötigen Vorarbeiten hat das Hochbauamt schon erledigt und in einer der nächsten Sitzungen wird eine diesbezügliche größere Vorlage eingebracht werden.

Die Versammlung bewilligt hierauf die 18 000 Mk. für die vorgesehenen Erweiterungen des Emilienheimes.

Es liegt dann ein Antrag der Deutschnationalen vor. Er lautet: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Prinzip die Uebernahme der Lichtspielhäuser in städtische Verwaltung zu dem frühesten Termin nach Erlaß des Kommunalisierungsgesetzes und ersucht den Magistrat, vorbereitende Schritte einzuleiten.

Da dieser Antrag jedoch nicht den rechtlichen Weg gegangen ist, kann darüber kein Beschluß gefaßt werden. Es wird dafür eine Resolution angenommen, die besagt, daß sich die Stadtverordnetenversammlung der Gefahr bewußt ist, die dem öffentlichen Leben durch das heutige Kinowesen droht. Die Oeffentlichkeit selbst ist daher allein berechtigt, für Ueberwachung des in Kinotheatern herrschenden Geistes Sorge zu tragen. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, daß baldige reichsgesetzliche Grundlagen für die Uebernahme der Lichtspieltheater in städt. Verwaltung geschaffen werden.

Gegen diese Resolution stimmten nur die Demokraten.

In der sich um diesen Punkt entspinnenden Debatte erklärt Herr Spielt (Chr. V.), daß die Kommunalisierung der gesamten Filmindustrie zwingende Notwendigkeit ist, da das freie Spiel der Kräfte auf diesem Gebiete nicht angebracht ist, und zur Demoralisierung besonders unserer heutigen Jugend beiträgt.

Stv. Minner (Dem) spricht im Namen seiner Fraktion gegen jedwede Sozialisierung des Kinowesens. Die Einnahmen die die „Kinos" machen, werden meistens überschätzt.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Stv. Knauth Spiert und Hildebrandt, die sämtlich für die Sozialisierung eintreten.

Es folgen einige Gesuche um Wiedereinstellung usw., die sämtlich abgelehnt werden. Einem Feuerwehrmann wird eine jährliche Rente bewilligt.

Es folgt ein Antrag der Deutschnationalen, der eine lange politische Debatte heraufbeschwört. Er lautet:

Der Magistrat wird ersucht, Vorschläge zu Einrichtungen zu machen, durch welche die der Allgemeinheit schädlichen Folgen eines Streikes der Angestellten der städtischen Unternehmungen, in erster Linie der Straßenbahn und des Gaswerkes beseitigt oder wenigstens auf ein erträgliches Maß eingeschränkt werden.

Stv. Schrader (D.-N.) begründet den Antrag und wen-

# Die Hölle.

36) Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.

(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich.)

(Nachdruck verboten.)

Aber das Weib: ‚Keine Hoffnung mehr?'

Und es heißt: ‚Die Hoffnung ist unglücklich, eben darum, weil sie hofft. Kein Gebet mehr. Entrechtet ist auch das Gebet, denn es enthält unseren Hilfeschrei, der aufsteigt und uns im Stiche läßt. — Kein Lächeln mehr. Ist das Lächeln nicht immer zur Hälfte trübselig? Man lächelt nur zu seiner Schwermut, zu seiner Unruhe, zu seiner Einsamkeit, noch ehe sie gekommen ist, zu seinem Schmerze endlich, wenn er entwich. Das Lächeln ist ohne Dauer. Denn würde es dauern, dann würde es keinen irdischen Bestand haben. Des Lächelns wesentlicher Charakter ist es, daß es hinstirbt!' Aber weiter das Weib: ‚Was werde ich sein, ich, ich?' Dieser Schrei ‚Ich', nach und nach nimmt er jegliches Plätzlein ein, und er schwingt, und seine Forderung schwillt auf. Und noch einmal schleudert der Mann dem Weibe Gespensterworte entgegen, weil man von ihm das verlangt, was sein wird, und weil er als Antwort nur das darbringt, was nicht mehr sein wird. Der Mann breitet vor dem Weibe die erlittenen Leiden aus wie einen Gespensterschreck. Er schleift die Leiden aus dem Begräbnis des Mysteriums hervor. Er gesteht, was er niemals gestanden hat: ‚Dieses, jenes, alles das habe ich dir immer verborgen — ich sagte dir dieses, ich sagte dir jenes ‚aber ich log.' Da er irgendeine Antwort auf ihre Frage finden will, die so grundschlichtig und schlicht ist, so möchte er fast irgendetwas erfinden. Er zerpflückt die Begierden, und jeder seiner lumpigen Sätze beschwört ein Geheimnis herauf. Er hat alles begehrt: das Glück seines Nächsten, das Schicksal seines Nächsten, die Herrlichkeit des Ruhmes, das mannigfaltige jeglicher Unsterblichkeit. Er läßt das Weib sogar hineinsehen in ein ganzes Trauerspiel, das in ihm getötet worden ist, und in ein mächtiges Schicksalsgedicht, das in ihm begraben und erstarrt worden ist. Der Mann gesteht: ‚Hölle, die noch entsetzlicher und furchtbarer ist! — Unsere Tochter, die deinem Jugendschimmer ähnlich gewesen ist —!' Der Mann hat diesen Begierden nicht nachgegeben, er hat sie darum desto vollkommener erlitten. Mit der Maske der Friedlichkeit hat er in sich die ewige Versuchung herumgetragen. Noch mehr gesteht der Mann: ‚Die Versuchung lag wie ein Pflock in mir, ganz großmächtig. Ach, die Sünde, die sich nicht beichten läßt, die aber gekauert hat in meinem Herzen, quälend und heimlich, die Sünde, nicht geständigt zu haben!'

Der Mann hat über alles die Vergangenheit wieder begehrt. Und er kommt auf dieses Leiden, das so schlicht und von Gewißheit beschirmt ist, immer wieder zurück. — Die Vergangenheit ist tot. Er möchte in die Vergangenheit eindringen, ebenso wie in die Zukunft, ebenso wie in das geliebte Herz. Aber die Erinnerung ist unversöhnlich. Es gibt nur ein Nichts, es gibt nur ein Niemals mehr. Wer wiederfindet, der hat die Leiden und die Gewissensbisse von einstmals, gleich einem Uebeltäter. Durch den Gedanken an den Tod wurde auch er, wurden auch sie alle beide gequält, trotz der Glaubensbemütigkeit, die sich in ihnen beim Altern eingenistet hatte. Der Gedanke an den Tod war überall. Denn das, was entsetzlich ist, das ist nicht der Tod, das ist der Gedanke an den Tod, der alles Menschentum zerstört und einen unterirdischen Schatten aussendet. Der Gedanke an den Tod! Der Tod, der ist allein lebendig! Der Mann gesteht: ‚Ach, wie ich gelitten habe! Wie ich habe leiden müssen!'

Gezeigt wird in dem Gedichte, was einst war, und was nicht mehr sein wird. Dort liegen alle die Arten der Finsternisse, die uns von der Dauer des Glückes abgetrennt haben. Rückwärtig geführt wird alles zur Einschaufelung und zu der schwarzen Nacht, der wir entkommen möchten. Der Mann schreit auf, ganz wie am Anfang: ‚Wir sind diejenigen, die niemals das Licht genossen haben, die aller Welten Finsternis an jedem Abend wieder eingehüllt hat. Wir sind diejenigen, deren lebendiges und tiefströmendes Blut schwarz ist. Diejenigen sind wir, deren dunkler Traum alles besudelt, was er betastet. Unsere Augen sind ebenso dunkelerfüllt wie unsere Münder. Unsere Augen sind leer und schwarz und blind, unsere Augen sind erloschen. Sie brauchen den großen Hilfeschein der Himmel. Denke daran! — Wie wir in der müßigen Abendbrise dagesessen und einen Strahl des Tages über unseren Häuptern aufbewahrt haben, da wollten wir lange nicht, daß die Nacht schon herankäme. Dein schwacher Arm ruhte fest auf dem meinigen, und er bebte. Die Nacht zerstampfte unseren düsteren Aufschwung; sie raubte uns wieder unser schwingendes Licht.'"

„So aber heißt es weiter im Gesange: Die Nacht verbreitete sich über sie wie eine Wunde, die man ihrer Flanke beigebracht hätte. Und der Mann, der immer noch durch seinen Kinderglauben beschränkt und verblendet wird, muß aufschreien: ‚Die Nacht wird eingeschlungen werden, und du wirst das Licht sein!' Aber die unermeßliche Verheißung hat keine Wirkung auf das Entsetzen des Weibes. Sie fragt nur weiter, was sie sein wird. Denn das Licht, gar nichts Faßbares ist das. Der Mann wirft dem Weibe vor, daß sie in Widerspruch mit sich selber gerate, da sie zugleich das irdische Glück und das himmlische Glück verlange. Sie entgegnet ihm mit tiefer Besinnlichkeit, daß nicht sie in Widerspruch gerate, sondern nur die Dinge, nach denen sie begehre. Dann greift er noch ein anderes Zweiglein der Erlösung auf. Mit verzweifelter Hingebung legt er dar, heult er auf: ‚Man kann nicht wissen! Wie sollte man wissen können! Welche Tollheit, welche Lästerung, es zu versuchen! Es bemüht sich um eine Ordnung der Dinge, die so himmelweit verschieden ist von der Ordnung, die wir erfassen! Das göttliche Glück hat nicht die gleiche Gestalt wie das menschliche Glück. Das göttliche Glück ruht außer uns!'

Dagegen richtet sich die Frau zitternd auf: ‚Das ist nicht wahr! Das ist nicht wahr! Nein, mein Glück ruht nicht außerhalb meines Wesens, denn es ist doch mein Glück! Denn es heißt ja: Das Weltall ist das Weltall Gottes, aber der Gott über mein Glück, das bin ich selber.' Und das Weib setzt hinzu, sehr schlicht und sehr entschieden: ‚Was ich will, das ist glücklich sein, so wie ich bin und so wie ich leide!'

Herzleide fuhr in die Höh. Sie dachte sicher an das, was die Frau des Gedichtes eben gesagt hatte. „Eine Antwort, die mich ganz allein angeht, sowie ich hier gehe und stehe." Die Frau des Gedichtes hatte die Frage auf eine tiefere und klarere Art gestellt. Herzleide ähnelte diesem Weibe mehr als sich selber.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200113-17/fragment/page=0005

det sich scharf gegen die Streiks, die auch die lebenswichtigen nicht verschonen.

Gen. Müller: Dieser Antrag ist nicht klar genug und wir können ihm deshalb nicht zustimmen. Man kann sich durchaus kein Bild über den eigentlichen Sinn dieser Aktion machen und der Antrag ist so zu drehen und zu deichseln, daß ihn eine reaktionäre Korporation zu arbeiterfeindlichen Maßnahmen verwenden könne. Vor allem muß darauf geachtet werden, daß die Arbeiter bei Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen sich frei und ohne Zwang bewegen können. Hier ist die Gefahr für die Stadt auch nicht so groß, wie sie die Antragsteller ausmalen, denn es gibt verschiedene Möglichkeiten, wirtschaftliche Kämpfe auch ohne große Erschütterungen auszufechten. Bei politischen Streiks spielen ganz andere Motive mit und jedermann, der in den politischen Streik tritt, muß diesen Schritt unbedingt mit dem Ehrgefühl, das er auf Grund der Pflicht gegen die Nächsten besitzen muß, abwägen. **Wir müssen an das politische Verständnis der Arbeiterschaft appellieren, und werden nie unsere Hand dazu bieten, das Koalitionsrecht der Arbeiter auf irgend eine Weise zu beschneiden.** Kürzlich hat eine Sitzung des Magistrats mit den Gewerkschaftsvertretern und den Vertretern der U. S. P. stattgefunden, die sich eingehend mit diesen Dingen beschäftigte. **Wir protestieren hiermit gegen diese Praktiken des Magistrats, der über derartig wichtigen Fragen nur mit einer politischen Partei verhandelt hat.** Ein Resultat ist in dieser Sitzung jedoch nicht zustande gekommen.

Stv. Hildebrandt (Unabh.) setzt sich mit dem Stv. Schrader auseinander und rollt das ganze Kilianproblem und den verflossenen Generalstreik in langen und breiten Ausführungen auf. Sodann ergeht er sich in persönlichen Anödereien gegen den Gen. Müller.

Stv. Bowinski (Unabh.) haut in die Kerbe seines Vorredners und verliest die Resolution einer vorgestern stattgefundenen Straßenbahnerversammlung, in der dieselben sich scharf gegen die volle Einrechnung des Straßenbahnbetriebes in die Tabelle der lebenswichtigen Betriebe wenden.

Stv. Balke (Dem.) verteidigt die Maßnahmen des Bürgerausschusses anläßlich des verflossenen Bürgerstreikes scharf gegen die Angriffe der Vorredner.

Stv. Kürbs (Unabh.) weist mit Recht darauf hin, daß die Deutschnationalen keine Ursache haben, auf Kilian wegen seiner Vergehen gegen die Gesetze und Anordnungen der Regierung herabzusehen. Denn die bekannten Plakatsäulengemeinheiten dieser Partei seien viel größere Verbrechen, als die erst zu Verbrechen gestempelten Handlungen Kilians.

Nach einer Flut persönlicher Bemerkungen und Anrempeleien wird der Antrag dem Verkehrs-, wie dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Der nächste von unseren Genossen gestellte Antrag lautet: **Für alle Angelegenheiten der Einwohnerwehr wird eine Deputation, bestehend aus zehn Stadtverordneten und vier Magistratsmitgliedern gebildet.**

Gen. Kleeis führt zur Begründung dieses Antrages an, daß es unumgänglich notwendig ist, auf diese Weise die Demokratisierung der hiesigen Einwohnerwehr durchzusetzen. Nach einigen Ausführungen des Stv. Bock (Unabh.) gegen diesen Antrag, wird derselbe mit Hilfe der Deutschnationalen und Unabhängigen abgelehnt.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

## Die tapferen Uzis.

Die Kommunisten hatten am Sonntag im Volkspark eine „große“ Versammlung einberufen und dazu als Referenten ihren Berliner Häuptling Dr. Paul Levi bestellt, der über das Thema: „Der Parteitag der U. S. P. und die Kommunisten“ sprach. An die Massen haben die vielen Plakate in der Stadt umsonst appelliert, denn der kommunistische Anhang füllte nur den unteren Restaurationssaal des Volksparkes.

Es würde zuweit führen, wollten wir die vielen historischen Irrtümer des Redners zerpflücken, der wohl fortgesetzt von der marxistischen Ideologie sprach, ohne aber auch nur einen Satz aus den Werken Marx beispielsweise für „die Diktatur des Proletariats“ anzuführen. Mit so dunklen Worten wie: „Die Kommunisten stehen auf dem Standpunkt marxistischer Kritik an den bestehenden Zuständen“ kann der Referent wohl die Köpfe verwirren. Für die Gegenwart bedeuten sie aber nichts. Erwähnt sei jedoch, daß er in schöner Selbsterkenntnis der bisherigen blutigen Taktik der K. P. D. mit Handgranat-Argumenten und Maschinengewehr-Gründen einer Kritik unterzog und dabei von dem revolutionären Elan (worunter man vieles verstehen kann. Red.) sprach, der in falscher Verkennung der Wirklichkeit mit dem Kopfe durch eiserne Mauern rennen will.

Temperamentvoll wurde der Referent, als er auf den eigentlichen Kern seiner Rede, den Zwiespalt zwischen der K. P. D. und U. S. P., zu sprechen kam. Es wäre sicherlich herzerfrischend für die Geistesgrößen der hiesigen Unabhängigen gewesen, wenn sie das Sündenregister ihrer Wackelpolitik mit angehört hätten. Statt dessen hatte sie es vorgezogen in lobenswerter Tapferkeit zu Hause zu bleiben. Gewiß ein betrübliches Zeichen der Reue und Buße im hiesigen Eldorado der U. S. P. Von Kautzky bis Däumig bekam jeder der unabhängigen Strategen seinen Teil ins Fell gebrannt und eine „verständnisinnige“ Zuhörerschaft unterstrich durch Zurufe wenig schmeichelhafter Art den Salm ihres Oberhauptes.

Interessant war die Feststellung des Redners, daß die Kommunisten in der Betriebsrätefrage den Generalausstand der Arbeiter erwarten und auf diese Aktion ihre ganze Hoffnung setzen. Wir wissen demnach, wohin die Karre geschoben werden soll.

---

* **Unkenrufe.** Politisierung, Radikalisierung, Revolutionierung, Republikanisierung, Sozialisierung, Ratifizierung, Blockierung, Industrialisierung, Demokratisierung, Kommunalisierung — so ungt es durch die deutsche Sprache. Aber schöner und prächtiger als alles andere ist doch die „Verreichlichung“. Und am schönsten wenn mitgeteilt wird, daß die „Verreichlichung der Eisenbahnen“ sowie die „Verreichlichung der Wasserstraßen“ ihre Verankerung in der Verfassung finden soll. Schade nur, daß die „Verreichlichung der Eisenbahnen“ keine „Verreichlichung des Zugverkehrs“ bedeutet, sondern die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich. Schade, welcher Ausblick eröffnete sich für die dürftige deutsche Sprache, wenn man statt des unsalonfähigen Wortes Durchfall einst sagen würde „Verreichlichung des Toilettenverkehrs“. So aber werden wir höchstens zu einer „Verreichlichung der Toiletten“ kommen. Es wird also höchstens in einem Pressebericht heißen: „Die in Uebereinstimmung mit der Entwicklung liegende Verreichlichung der Toiletten hat ihre Verankerung in der Gesetzgebung zur Genugtuung der Bevölkerung gefunden“: ung, ung, ung — da werden alle Unken neidisch.

* **Gefälschte Reichsbanknoten.** Seit kurzem sind Nachbildungen der rosafarbigen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 21. 4. 1910 aufgetaucht. Die Nachbildungen sind hauptsächlich daran zu erkennen, daß die Riffelung des Papiers fehlt. Die Faserstreifen, die den Nachbildungen fehlen, sind durch eine gelbliche Tönung des Papiers oberflächlich nachgeahmt. Das Papier ist unregelmäßig beschnitten. Die Nummern bestehen aus verschiedenen großen und kleinen Typen mit abweichendem Schriftcharakter, und zwar sind die letzten drei Ziffern etwas kleiner als die anderen. Der Kreis in der Mitte der unteren Begrenzung zur Mittelguilloche ist unten rechts über dem zweiten „p“ in der Unterschrift „v. Glasenapp“ etwas abgeflacht. Vor Annahme der Falschstücke mit obengenannten Kennzeichen wird gewarnt. WTB.

* **Volkshochschulkurse.** Der Kartenverkauf für die Vorlesungen im 1. Vierteljahr 1920 beginnt Mittwoch, den 14. Januar im Büro der Städt. Schulverwaltung, Rathausstr. 4, I, beim Gewerkschaftskartell Harz 42/44 und im Zigarrengeschäft von Heinze, Merseburger Str. 29. Die vorbestellten Hörerkarten werden im Büro der Städt. Schulverwaltung ausgegeben. Dienststunden von 8—3 Uhr.

**Städt. Handels- und Gewerbeschule für Mädchen, Klosterstr.** Der Unterricht wird Donnerstag, den 15. Januar, morgens 8 Uhr, in der Klosterschule wieder aufgenommen.

* **Straßenbahn-Fahrscheinhefte.** Die zu 2 Mark von den Schaffnern an die Fahrgäste verkauften Fahrscheinhefte und die als Wechselgeld verausgabten einzelnen Fahrscheinheftscheine verlieren ab 15. d. M. die Gültigkeit. Besitzer derartiger Hefte oder Heftscheine werden ersucht, solche gegen Nachzahlung des durch die Tariferhöhung bedingten Mehrpreises in den Verkaufsstellen Berliner Straße 1 und Seebener Straße 62 umzutauschen.

* **Eine Stimme aus der Gefangenschaft.** Die Gefangenenfrage ist nach Vollziehung des Friedensvertrages gelöst. Es ist aber von Interesse mitzuteilen, daß zu Weihnachten bei einer hier wohnenden Familie ein Brief ihres in französischer Gefangenschaft befindlichen Sohnes eintraf, in dem es wörtlich heißt: „Wenn wir daheim bloß nicht auf Bedingungen eingehen, bei deren Erfüllung womöglich unsere Heimkehr in Aussicht gestellt wird. Wir wollen, wenn materiell damit dem Vaterlande zu helfen wäre, hier gern einige Monate länger sitzen. In diesem Sinne war von unserer Leitung eine Note an unsere Regierung geplant, die aber nicht eingegeben wurde, da Gründe dagegen waren. Deshalb müssen wir eben einzeln versuchen, der Heimat von unserer Stimmung Kenntnis zu geben; vielleicht ist er auch für die Presse oder dergleichen ganz interessant. Jedenfalls hoffen wir alle, daß dabei auch einmal ein Gewinn herausspringt.“ — Es ist ein Beweis für die Seelengröße der Gefangenen, daß sie lieber noch länger die schweren Leiden der Sklaverei zu erdulden bereit sind, als daß um ihretwillen das Heimatland in noch tiefere Abhängigkeit zu den Siegern gedrückt wird. Ein Volk, dessen Söhne von so hoher Selbstaufopferung beseelt sind wird den Weg zum Aufstieg wieder finden.

**Vermißt** wird seit dem 8. 1. die 10jährige Schülerin Irene Hertin, Lange Straße 20, bei den Eltern wohnhaft. Sie ist 1,20 Meter groß, dunkelblond, geht gebückt und hat etwas wackeligen Gang (bemerkbar im Hüftgelenk): sie trägt helles Schottenkleid, schwarzen Hut mit Band, auf welchem entweder „Kronprinz Wilhelm“ oder „Kronprinzessin Cecilie“ steht, hohe Schnürstiefel mit abgefeilten Schienen an den Absätzen, schwarze Strümpfe, weißes Hemd gez. I. H. — Wer sachdienliche Angaben machen kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 41, zu melden.

**Ein Militärpackwagen** gestohlen! Am 12. d. M. morgens 7 Uhr wurde vor dem Hause Steinweg 7 ein Militärpackwagen, mit zwei braunen Wallachen bespannt, gestohlen. An dem Wagen befindet sich ein Schild mit der Aufschrift 3. Esk. Ulanen 14 FLK Halle (Freiwilliges Landesjäger-Korps). Auf der Stange ist U 14 eingebrannt. Die Pferde sind dänischen Schlages, gut genährt, beide haben Blässen und langen Schweif. Das Sattelpferd ist an allen vier Beinen weiß gefesselt und hat lange schwarze weiche Mähne. Das Handpferd ist stärker als das Sattelpferd, hat helblange, hochstehende schwarze Mähne und ist an allen vier Beinen gestiefelt, das heißt, die Pläne haben unten eine dunkle Färbung. Der Täter ist etwa 35 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hat dunkles Haar, bartlos, bekleidet gewesen mit feldgrauer Militärbluse, Latschermütze und Zivilhose. Er hat das Fuhrwerk am 10. d. M. zum 12. um 7 Uhr morgens zum Kohlenfahren nach Steinweg 7 bestellt und als es dort eingetroffen war, den Begleiter unter einem Vorwande in das Haus geschickt, um Gelegenheit zu bekommen, mit dem Fuhrwerk davon zu fahren. Zweckdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei nach Zimmer 36 oder 37.

* **Der Hallische Volksschullehrerverein hält am Mittwoch,** den 14. Januar, abends 7 Uhr, im Augustiner (Mittelstr.) seine Hauptversammlung ab.

* **Volkspark.** Auf das am Mittwoch abend stattfindende zweite Winterkonzert mit anschließendem Wiener Ballfest des mit Erfolg eingeführten Philharmonischen Orchesters, sei nochmals hingewiesen. (Näheres siehe im Inseratenteil.)

* **Tristan und Isolde.** Von der Leitung des Stadttheaters wird uns mitgeteilt, daß Herr Kammersänger Oscar Bolz auf drei Wochen zu einer Reihe von Gastspielen nach Freiburg i. B. eingeladen ist. An seiner Statt ist Herr Kammersänger Walter Kirchhoff aus Berlin für die Partie des Tristan am 15. u. 18. d. M. in „Tristan und Isolde“ verpflichtet worden.

**Stadttheater.** Heute, Dienstag, abend 7 Uhr gelangt die Operette „Der Zigeunerbaron“ zur Aufführung. In der am Mittwoch, den 14. Jan., unter Spielleitung von Dr. Edgar Groß stattfindenden Uraufführung von Hans J. Rehfischs Tragödie „Das Paradies“ spielt Ida Orloff die weibliche Hauptrolle der Tänzerin Angela. Die übrigen Rollen weisen folgende Besetzung auf: Clemens: Joseph Krabé, Sebald: Adalbert Kriwat, Gabriel: Olaf Bach, Kyrill: Georg Ottman, Troll: Eugen Teuscher, ein Fremder: Hermann Wedding. Am Donnerstag und Sonntag, abends 6 Uhr, geht Richard Wagners „Tristan und Isolde“ mit Kammersänger Walter Kirchhoff als Tristan in Szene. Freitag „Martha“, Sonnabend „Das Paradies“, Sonntag nachmittag Kindervorstellung „Der Himmels-Schneider“.

Die Uraufführung der Tragödie „Das Paradies“ von Hans J. Rehfisch erregt weit über Halle hinaus das Interesse der literarischen Kreise. Mehrere Theaterkritiker Berliner, Frankfurter und Leipziger Zeitungen haben bereits ihr Erscheinen zugesagt. Der Autor ist in Halle eingetroffen, um an den Proben teilzunehmen.

* **U. T.-Lichtspiele, Leipziger Str. 88.** „Der Dieb im Frack“, ein Abenteurerroman in 5 Akten. Der Titel kennzeichnet schon das Milieu, das in spannende Szenen gekleidet und vornehm umrahmt ist. Alles in diesem Film ist Sensation in vornehm gewählter Aufmachung, die bei erstklassiger Photographie die Filmgewandtheit der Darsteller in bestem Lichte zeigt. Auch das verwöhnte Kinopublikum wird in diesem Film nichts auszusetzen haben. Bis zum Schluß fesselnd interessieren die stets unerwartet kommenden Effekte vom ersten Augenblick an. Man sieht hier einen klugen Detektiv und einen noch klügeren Verbrecher im logisch fein durchdachten Kampf. Louis Ralph, ein äußerst wandlungsfähiger Schauspieler, gibt mit starken zielbewußten Mitteln, in Mimik und Maske exakt auseinanderhaltend, drei Rollen: Dieb, Detektiv, Gelehrter. — Die Humoreske „Eine gute Nummer“ ruft wahre Lachsalven hervor. — Sportaufnahmen „Teckelzucht“ beschließen das äußerst interessante Programm.

## Aus dem Verbreitungsbezirk.

**Merseburg.** Bund deutscher Bodenreformer. Am 8. Januar hielt die Ortsgruppe ihre Mitgliederversammlung im Herzog Christian ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Kandidat für den Reichspräsidentenposten Dr. Damaschke, demnächst hier sprechen wird. Hierauf legte Kreisbaumeister Wolf in fesselndem Vortrage die Stellung der Bodenreformer zur Südlinie des Mittellandkanals dar. Der Plan ist wegen der Verbindung mit Elbe und Weser für die bestehende Industrie und das Bau- und Wohnungswesen eine Lebensfrage für unseren Kreis geworden. Nicht nur die Frachten für die Zufuhr von Massenartikeln aller Art und Abtransport unserer Erzeugnisse werden billiger, sondern auch die Eisenbahn wird entlastet werden. Neue Industrie und Gewerbe werden sich bilden. Neben neuer Arbeitsgelegenheit werden viele neue Wohnungen entstehen. Aber ehe all diese positive Arbeit geleistet wird, wandert der Bodenspekulant über die Felder. Da heißt es aufpassen. In dem Maße, wie er Menschen trägt, gewinnt der Boden an Wert. Wer soll den Wertzuwachs erhalten, der Bodenspekulant, der Wucherer oder die Werte schaffende Allgemeinheit? Der Wertzuwachs soll den Gemeinden zugeführt werden zum Bau von Straßen, Schulen und gemeinnützigen Einrichtungen. Das bedrohte Kanalgelände muß in die Hände der Gemeinden kommen, die mit Enteignungsrechten ausgestattet werden müssen. Die Ortsgruppe wird daher an die zuständigen Stellen Eingaben richten und bitten, die Gemeinden auf die Folgen der Bodenspekulation im künftigen Kanalgelände hinzuweisen, ihnen Vorkaufs- und Enteignungsrecht zu sichern und die Bezirkswohnungskommissare anzuweisen, bei jedem Spekulationskauf sofort mit Enteignung vorzugehen. Außerdem soll die Regierung gebeten werden, von vornherein einen Landstreifen von 1 Kilometer Breite zu beiden Seiten des Kanals zu enteignen.

**Zeitz.** Vorigen Dienstag fand im Vereinslokal unsere Generalversammlung statt. In den Vorstand wurden wiedergewählt: Gen. Lippold (1. Vors.), Gen. Dörfer (2. Vors.), Gen. Voigt (Schriftführer). Ferner wurde die Pressekommission neu gewählt. Sie setzt sich zusammen aus den Gen. Voigt, Raabe, Niese und Böhlke. Danach wurden verschiedene interne Angelegenheiten besprochen.

**Bitterfeld.** Walderholungsstätte der Stadt Bitterfeld. Eine für breite Schichten der Bevölkerung segensreiche Einrichtung hat die Stadt Bitterfeld geschaffen. Sie hat das landschaftlich schön, in gesunder, staubfreier Waldluft gelegene Oberförstereigrundstück Zöckeritz, etwa eine halbe Stunde von Bitterfeld entfernt, gepachtet und darin ein Erholungsheim eingerichtet, welches in erster Linie für unsere werktätige Bevölkerung bestimmt ist. Die Belegungsfähigkeit beträgt z. Zt. 16 Köpfe. Es bietet sich insbesondere für die örtlichen Krankenkassen die Möglichkeit, Rekonvaleszenten oder auch ihre sonstigen erholungsbedürftigen Mitglieder zur Kräftigung ihrer Gesundheit und Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit für einige Wochen in nächster Nähe gut unterzubringen; aber auch andere Erholungsbedürftige insbesondere unsere Krieger werden auf Wunsch und nach Maßgabe verfügbarer Plätze gern aufgenommen. Für eine, den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßte gute Verpflegung wird gesorgt, dabei ist der Pensionspreis ein verhältnismäßig niedriger, er beträgt zur Zeit 5 Mark pro Tag. Die Eröffnung des Heims findet am 15. d. Mts. statt. Anmeldungen nimmt von jetzt an das städtische Wohlfahrtsamt, 1. Stock, Zimmer Nr. 11, entgegen, woselbst auch nähere Auskunft eingeholt werden kann. Bemerkt wird noch, daß Personen mit ansteckender Krankheit nicht aufgenommen werden. Die Erholungsbedürftigkeit muß ärztlich bescheinigt sein.

**Stößen.** Mordtat. Das achtzehnjährige Dienstmädchen Erna Krahe ist in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag einer gräßlichen Bluttat zum Opfer gefallen. Als das Ehepaar Glocke in der elften Stunde in ihre Wohnung im hiesigen Schulhause kam, lag das Mädchen mit zertrümmerter Schädeldecke im Blute schwimmend am Boden vor der offenen Wohnungstür. Die bei der Mordtat benutzte Axt ist Freitag vormittag auf dem Eise des in der Schulstraße gelegenen Teiches gefunden worden. Die gerichtlichen Maßnahmen sind in vollem Gange und hatten schon Erfolg, denn nach eifrigen Nachforschungen ist es gelungen, den Mörder zu ermitteln. Es ist der Arbeiter Franz Schultheiß aus Stößen, der die Tat aus Rache begangen haben will und geständig ist. Er wurde in das Naumburger Landgerichtsgefängnis gebracht.

**Schildau.** Mitgliederversammlung. Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht des Kassierers und beschließt, das einjährige Bestehen des Ortsvereins durch einen Ball beim Gen. Hebrack verbunden mit Aufführungen und Festrede am 31. Januar zu feiern. Die Musik stellt Stadtkapellmeister Gen. Frenke. Nachdem sich über die letzten Vorkommnisse in der Stadtverordnetensitzung und die Wahl zu den Elternbeiräten eine lebhafte Debatte entsponnen hatte, kam man auf die Lauheit der unabhängigen Stadtverordneten zu sprechen, die zwar sonst das große M— führen, bei ernster Arbeit aber weit abrücken. Die nächste Monatsversammlung findet am Montag den 2. Februar beim Gen. Naumann statt. Besondere Einladungen werden dazu nicht mehr ausgegeben. Pflicht eines jeden Genossen ist pünktliches und regelmäßiges Erscheinen!

## Aus aller Welt.

**Jüterbog.** Skandalöse Ausplünderung des Schießplatzes. Die „Vossische Zeitung“ berichtete kürzlich über himmelschreiende Zustände auf dem Schießplatz Jüterbog. Danach werden dem Staat dort täglich für 40 000 Mk. Geschoßmetall gestohlen. Und zwar geschieht dies am hellen Tage und vor aller Oeffentlichkeit. Tausende auf den dortigen Geleisen stehende Eisenbahnwagons werden nebenbei noch buchstäblich ausgeplündert. Das Reich hat im Laufe der Zeit noch nicht zu übersehende Millionenverluste erlitten. Der Kommandant von Jüterbog teilte zu dieser Affäre mit, daß Klagen über Fortschleppung von Geschoßmaterial schon alt sind und bei einer Haussuchung, die kürzlich in Luckenwalde stattfand, wurden allein dort über 12 000 Ztr. derartigen Geschoßmaterials gefunden. Das Wehrkreiskommando erklärte, daß es diese Zustände bald beseitigen werde. Im Norden Berlins soll sich ein ganzes Konsortium befinden, daß sich mit der Verschiebung dieses gestohlenen Materials beschäftigt. Die Eisenbahndirektion Berlin erklärte, daß ihr die Ausplünderung der 3000 Personen- und Güterwagen bekannt sei, doch „lasse sich dagegen eben nichts machen“. Es ist nicht zu verstehen, warum nicht schon längst in dieses Wespennest gefaßt wurde. Hoffentlich greift das Reichswehrkommando hier seiner Erklärung gemäß ganz energisch durch, denn es geht nicht an, daß so ungeheure Millionenwerte — die Eisenbahnwagen allein haben einen Wert von 180 Millionen — dem Staat und Volke von einer Handvoll Verbrecher geraubt werden können.

**Reichenberg i. B.,** 10. Jan. Schwere Explosion in der Eisenbahn. Durch die Explosion von Benzin, das ein Reisender mit sich führte, wurden, laut Reichenberger Zeitung, in der Nähe der Station Pardubitz in einem fahrenden Personenzuge sämtliche Insassen des Wagens verletzt, darunter 37 schwer. Bisher sind 8 Personen gestorben. Der Wagen verbrannte bis auf die Eisenteile.

**Rudolstadt,** 12. Jan. Die Saale steigt. Die infolge der milden Witterung in den letzten Tagen einsetzende Schneeschmelze hat ein gefährliches Ansteigen der Saale bewirkt. Die Ufer des oberen Laufes sind weithin überschwemmt.

**Bad Kissingen,** 11. Januar. Hochwasser der Saale. Infolge Hochwassers ist die ganze Saalegegend und weite Stadtteile überschwemmt. Die Ueberschwemmung erreicht fast den Stand von 1909. Die Saalezeitung kann infolgedessen nicht erscheinen.

**Wüstegiersdorf,** 12. Januar. Dammrutsch. Laut Grenzbote ereignete sich heute früh vor dem Königswalder Tunnel auf der Strecke Dittersbach—Glatz ein Dammrutsch. Zwei Häuser wurden zerstört. Die Fahrgäste müssen den Tunnel zu Fuß umgehen.

## Versammlungs-Kalender

**Delitzsch.** 1. Distrikt. Mittwoch den 14. d. Mts.: Distriktsversammlung im „Nordschlößchen“.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Max Seydewitz, für „Aus dem Stadtkreis, und Gewerkschaftliches: Willy Lanzke, für „Aus dem Verbreitungsbezirk“ K. Barbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200113-17/fragment/page=0006